

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



Passauer Tetralog:

Faszination Amerika - Partnerschaft und Dialog in schwieriger Zeit



Kurt Biedenkopf: „Europa kann gegenwärtig von Amerika unter dem Gesichtspunkt weltpolitischer Aufgaben nicht ernst genommen werden.“

Foto: Dermietzel

Beim 5. Passauer Tetralog der Akademie im Rahmen der Europäischen Wochen gab es intellektuelle Wortgefechte auf hohem Niveau. Unter der Leitung von Heinrich Oberreuter diskutierten Kurt Biedenkopf, der Politologe Ernst-Otto Czempiel, der polnische Publizist Janusz Reiter und der US-Experte Jackson Janes.

Fazit: die Probleme der Partnerschaft sind groß und das Verhältnis zwischen den USA und Europa steht vor einer Zerreißprobe bzw. steckt in einer tiefen Krise.

Siehe Seite 3

Stimmungslage



Die Allensbacher Demoskopin Renate Köcher breitete beim Akademiegespräch im Landtag ihre Befunde über die Stimmungslage der Nation vor der Bundestagswahl aus. Ergebnis: Inhalte sind den Wählern wichtiger als das Image der Kandidaten.

Siehe Seite 9

Innere Sicherheit:

Im Fadenkreuz der Terroristen

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zwingt zu einer Diskussion über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat. Wie weit darf der Staat gehen, um die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren? Kann es eine solche Garantie überhaupt geben? Durch welche Abwehrmaßnahmen des Staates werden Freiheitsrechte über Gebühr strapaziert oder gar verletzt?



Klaus-Dieter Fritzsche, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, erläuterte das Gefahrenpotenzial internationaler Terrornetzwerke für Deutschland.

Fotos: Schröder

Um Möglichkeiten der Abwehr global agierender Terroristen ging es bei einer internationalen Fachtagung. Wissenschaftler, Journalisten und vor allem erfahrene Praktiker der Sicherheitsbehörden diskutierten mit einem breiten Teilnehmerkreis.

Siehe Seite 5

Schlagwort Agrarwende

Hormone im Tierfutter und im Fleisch, BSE und MKS: die Liste der Skandale in der Nahrungsmittelproduktion nimmt kein Ende. Reformvorschläge von EU-Agrarkommissar Fischler bewegen Lobbyisten, Politiker, Medien und Verbraucher. Experten aus Politik, Wissenschaft und Verbänden erörterten die Notwendigkeit der von der Bundesregierung propagierten Neuausrichtung der Agrarpolitik.

Siehe Seite 14

Inhaltsverzeichnis

Seite

5. Passauer Tetralog:

Ist Europa noch ernst zu nehmen? 3

Im Fadenkreuz der Terroristen 5

Einsatzfreude mit strenger Konsequenz

Helmut Hahn geht in den Ruhestand 7

Schülerforum:

Politikunterricht einmal anders 8

Akademiegespräch im Landtag:

Inhalte rangieren vor Images 9

Wahlkampfmedien - Medienwahlkampf:

Auf dem Weg in die Mediokratie 11

Medien und Politik live vor Ort 13

Das Für und Wider der Agrarwende 14

Demokratie in den „neuen“ Bundesländern:

**Glänzende Infrastruktur -
matte politische Kultur?** 20

Von der Weltmacht zum europäischen Partner 22

**Mehr Mut zu Alternativen und
unkonventionellen Ideen** 24

EU-Erweiterung:

Chance für ethnische Minderheiten? 25

Reif für die Weltpolitik? 27

Themen - Tagungen - Termine 29

Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen 32

Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter 34

Namen und Nachrichten / Anmeldeformular 36

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Klaus **Grosch**

Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt

Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**

Ethik und Politik, Internationale Beziehungen

Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Ist Europa noch ernst zu nehmen?

Ein Gespräch zum Thema „Faszination Amerika – Transatlantische Partnerschaft in schwieriger Zeit“

Partnerschaft, auch über den Atlantik, ist nur auf Augenhöhe möglich. Doch die Europäer darben Einigkeit und Machtwillen. Wer sich aber in gegenseitigen Eifersüchteleien verheddert – hier waren sich die Experten einig –, den kann Amerika nicht ernst nehmen. Zum fünften Mal moderierte Heinrich Oberreuter den Passauer Tetralog, der sich wie stets dem Motto der *Europäischen Wochen* widmete. „Thank You, America“ hatten sich die 50. Festspiele der Dreiflüssestadt auf die Fahnen geschrieben. Über Faszination und Schwierigkeiten der transatlantischen Partnerschaft diskutierten der ehemalige Ministerpräsident des Freistaats Sachsen Kurt Biedenkopf, der Frankfurter Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel, der ehemalige Botschafter Polens in Bonn Janusz Reiter sowie Jackson Janes, Direktor des American Institute for Contemporary German Studies an der Washingtoner John Hopkins University.

„I am the son of a doctor!“ Schon die erste Begegnung mit Amerikanern barg für den 2½-jährigen Heinrich Oberreuter Faszination. Als jüngster Spross der Familie kletterte er 1945 aus einem Bunker in der Rhön und ergab sich den gerade einmarschier-ten Soldaten, indem er einem „riesigen“ schwarzen G.I. jenen Satz ent-

ter Anlass zu Dankbarkeit, die in Deutschland gerade in Auseinandersetzungen mit den USA nicht verblas-sen sollte.

Dies untermauernd erinnerte der Ehrendoktor der Washingtoner George-town University Kurt Biedenkopf an den historischen Boden für transatlan-tische Brücken. Seit dem 18. Jahrhun-

ter sei die Besatzungsmacht trotz bei-spielloser deutscher Verbrechen zum „Marshall-Plan“ bereit gewesen: „Wer Amerika kritisiert, darf die Verhältnis-mäßigkeit nicht aus den Augen ver-lieren!“

Entscheidend aber sind für Bieden-kopf die Verflechtungen beider Kon-tinente miteinander, etwa in der Wirt-schaft, der Kultur oder der Wissen-schaft. Dabei habe sich die Blickrich-tung gewaltig verschoben. Englisch sei die neue *lingua franca*. Vor 100 Jahren hätten amerikanische Wissen-schaftler noch deutsch gelernt, um am wissenschaftlichen Diskurs teilneh-men zu können. Heute sei dies umge-kehrt. Doch ohne die Existenz des an-deren sei keiner der beiden Kontinen-te mehr vorstellbar.

Oberreuters Frage, ob Amerikaner tat-sächlich ohne Europäer nicht auskä-men, wick Jackson Janes aus. Wirt-schaftlich hänge die Welt eng zusam-men, das Paradebeispiel hierfür sei Daimler Chrysler. Politisch hingegen seien sich Europäer und US-Amerika-ner derzeit nicht über Diagnose und Therapie von Bedrohungen einig. Doch multilaterale Herausforderun-gen, zum Beispiel der Kampf gegen AIDS, seien nur gemeinsam zu lösen. Nicht das Maß der Abhängigkeit von-einander stehe auf der transatlanti-schen Tagesordnung, sondern die Fra-ge: „Sprechen wir noch eine gemein-same Sprache?“

Für den Germanisten Janusz Reiter war unstrittig, dass Europa mehr von den Amerikanern abhängt als umge-kehrt. Dies hätte gerade Deutschland oft erfahren. „Ohne die Begeisterung der Amerikaner wäre die Wiederver-einigung international auf mehr Wi-derstand gestoßen.“ Auch Polen habe den USA viel zu verdanken. Nicht zuletzt aufgrund Wilsons 14-Punkte-Plan sei Reiters Heimatland Anfang letzten Jahrhunderts wieder auf der Landkarte erschienen. Mitglieder der Solidarnosc seien Ronald Reagan



Die globalen Probleme sind nur gemeinsam zu lösen: Jackson Janes, Kurt Biedenkopf, Heinrich Oberreuter, Ernst-Otto Czempiel, Janusz Reiter (von rechts). Foto: Scholz

gegen schleuderte, mit dem ihn die Familie zuvor ausgerüstet hatte. Dass die Vereinigten Staaten seit Kriegsen-de mit den Deutschen nicht weniger freundlich umgingen als der G.I. mit dem kleinen Heinrich, ist für Oberreu-

dert seien Europäer nach Amerika („Kein Land! Ein Kontinent!“) ausge-wandert, um den Folgen der Industria-lisierung zu entkommen. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg habe Uncle Sam Truppen nach Europa entsandt. Spä-

dankbar gewesen für seine heftige Ablehnung General Jaruzelskis: „Das war uns mehr wert als die sanfte Annäherung der Westeuropäer.“ Amerika sei auch deshalb stark, weil es nach außen eindeutige Standpunkte vertrete. Daran mangle es der Europäischen Union bis heute. Auch deshalb sei das transatlantische Verhältnis auf die Probe gestellt.

Ob George W. Bushs europafreundliche und versöhnliche Ansprache vor dem Deutschen Bundestag denn dann ein Lippenbekenntnis gewesen sei, fragte Oberreuter den emeritierten Professor für Internationale Beziehungen Ernst-Otto Czempel: „Streben die Amerikaner Partnerschaft an oder heißt es doch: Soviel Alleingänge wie möglich und nur soviel Kooperation wie nötig?“

Bush müsse für die Europareise wohl einen anderen Redenschreiber engagiert haben, antwortete Czempel. Kaum zuhause angekommen, habe der „aggressivste Präsident in der Geschichte Amerikas“ wieder auf bewährte Rhetorik zurückgegriffen. Die „derzeitige Rechtsaußenregierung“ versuche, sich über das Recht zu stellen, wie die Diskussion über den Internationalen Strafgerichtshof verdeutliche. Zu verhindern seien solche Hegemonialbestrebungen nur durch Machtbalance. Wirtschaftlich begegne man sich bereits auf Augenhöhe. Sicherheitspolitisch stehe dies noch aus. Die EU müsse eine „sicherheitspolitische Potenz“ aufbauen, die die Amerikaner ernst nehmen könnten. Dies sei die vornehmliche Aufgabe Europas, „um Amerika auf den Boden der transatlantischen Gemeinschaft zurückzuführen“.

Mit dieser Forderung sprengte Czempel die diplomatischen Fesseln des Amerikaners. „Wenn Balancierung euer Raison d'être ist, dann seid ihr verdammt arm und inhaltslos“, diagnostizierte Janes, früher Direktor des Tübinger Deutsch-Amerikanischen Instituts. Machtausgleich allein sei kein Fundament für eine Partnerschaft. In Umwandlung des Angebots George H. Bushs 1989 an die Deutschen bot Janes den Europäern an, „Leaders in Partnership“ zu werden und appellierte an die geistige Führung der Europäer: „Ihr müsst auch Leaders wer-

den“. Aber, und da stimmte Janes wieder mit Czempel überein: „Den Europäern fehlt Ziel und Konzept.“

Woran das liegt, wusste der Berufspolitiker Biedenkopf. Historisches Misstrauen und Neid der Nationalstaaten untereinander verhindere den Wettbewerb um die besten Ideen. Lieber sähe man Zwist, als sich auf Gemeinsamkeiten zu berufen. „Die EU ist die Erbin des Römischen Reiches. Mit diesem Selbstbewusstsein müssten wir auftreten.“ Der deutsche Außenminister könne im Nahen Osten nichts ausrichten. Trete ein europäischer Außenminister auf, der zudem 10 Milliarden Euro für palästinensische Flüchtlingslager mitbringe, habe er allein aufgrund der ökonomischen Ressourcen ganz anderen Verhandlungsspielraum. „Stattdessen investiert Europa in die Ruhrkohle.“ Kleinmütig sicherten die Europäer eigene Pfründe und versuchten, den Erfolg des Nachbarn zu verhindern.

Verantwortung teilen

Reiter bemühte sich um ein Ziel für die EU. Nicht Deutschland, sondern Europa müsse die „Partners-in-Leadership“-Ehe mit Amerika eingehen. Nicht nacheifern solle man, sondern Verantwortung teilen, ein gemeinsames Konzept für die Sicherheit der Welt entwickeln. „Es kann nicht heißen: Wir machen die zivile Weltpolitik und die Amerikaner das Grobe.“ Die große Herausforderung liege darin, Umdenken einzuleiten, die Parlamente in der EU zu mehr Rüstungsausgaben zu bewegen. Anders ließe sich Verantwortung nicht teilen.

Eine gemeinsame Politik der Europäer, warf Czempel ein, würden die Amerikaner allerdings zu verhindern trachten. Das dürfe man ihnen nicht übel nehmen, *divide et impera* sei eine alte Strategie: „Die Amerikaner wollen kein vereintes Europa.“ Ob Amerika mit einem mächtigen Europa einverstanden sei, entgegnete Reiter, sei zweitrangig. Das sei eine rein europäische Angelegenheit. Man würde sich jenseits des Atlantik schon mit einem starken Europa zurechtfinden.

Grund genug für Janes, noch einmal auf die gemeinsamen Strategien zu pochen: „Um amerikanische Proble-

me zu lösen, sind wir auf Konsens mit unseren Partnern angewiesen.“ Neben wirtschaftlichen und politischen Druckmitteln sei militärische Gewalt allerdings im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unabdingbar. „Europa glaubt, es geht ohne Gewalt. Europa hat aber auch keinen 11. September erlebt.“

Militarismus verstärkt Terrorismus

Dagegen wandte sich wiederum Czempel. Militarismus verstärke Terrorismus nur. Im Kampf gegen Extremisten gelte es, die weltweite Dominanz des Westens zu reduzieren und den Dialog zu reaktivieren, beispielsweise in den Vereinten Nationen. Daneben sei die wirkungsvollste Waffe gegen Gewalt, Armut zu bekämpfen: „Verstehen Sie mich nicht falsch: Armut ist nicht die Ursache, aber die Quelle für latente Zustimmung zum Terrorismus gegen den Westen.“ Dass dies Thema im Wahlkampf 2002 keine Rolle spiele, lastete Czempel nicht nur den Politikern, sondern auch den Leitmedien an: „Es fehlt hier an Diskussionskultur. Wir sollten die Freiheit, die wir haben, wahrnehmen, wenn es schon die Parteien nicht tun.“

Bequeme Machtlosigkeit?

Für Biedenkopf blieben abschließend zwei Feststellungen relevant: Zum einen dürften die Europäer nicht vergessen, dass Amerika viele Interessen über Europa hinaus habe und die EU als Dialogpartner „lästig“ werde, wenn sie uneins sei. Zum anderen (er-)fänden die Europäer immer noch zu viele Gründe, um machtabstinent zu bleiben. Daraus ergebe sich die Frage, ob die Europäer weltpolitisch überhaupt noch eine Rolle spielen wollten. Entschieden sie sich für die scheinbar bequemere Machtlosigkeit, müssten sie allerdings damit rechnen, künftig fremdbestimmt zu sein.

Diese Frage, schloss Oberreuter, sei bereits geeignet als Titel des nächsten Tetralogs. ■

Jan Dermietzel

(siehe auch Pressestimmen S. 35)

Im Fadenkreuz der Terroristen

Wie sicher kann der Rechtsstaat sein?

Die Anschläge des 11. September 2001 und das Attentat auf die Synagoge von Djerba zeigten das Ausmaß der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. So tritt die klassische Staatsaufgabe, innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten, verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Auch in Deutschland wurden „Anti-Terror-Pakete“ geschnürt. Doch kann so absolute

Sicherheit erreicht werden? Und wie weit darf ein Rechtsstaat gehen, um die Sicherheit seiner Bürger zu schützen? Um das Spannungsverhältnis zwischen Rechtsstaat und Sicherheit und um Möglichkeiten der Abwehr global agierender Terroristen ging es bei einer internationalen Fachtagung. Wissenschaftler, Journalisten und vor allem erfahrene Praktiker der Sicherheitsbehörden diskutierten mit

einem breiten Teilnehmerkreis aus den verschiedensten Bereichen. Das große Interesse – nur etwas mehr als die Hälfte der Interessenten konnten berücksichtigt werden – dokumentiert die Bedeutung des diesjährigen Programmschwerpunktes der Akademie. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Analyse und Einschätzung der Gefahrensituation für die Bundesrepublik Deutschland.

Klaus-Dieter Fritsche, der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln, sieht eine Bedrohung für die Bundesrepublik umso mehr gegeben, als deutsche Truppen derzeit ihren Dienst bei der internationalen Schutztruppe in Kabul versehen. Auch weisen die Spuren der Attentäter des 11. September nach Deutschland und es ist davon auszugehen, dass auch weitere potenzielle Terroristen

„Arabischen Mujaheddin“ im Mittelpunkt von Fritsches Ausführungen. Er betonte, für die Sicherheitsbehörden bestehe seit geraumer Zeit kein Zweifel mehr an der Urheberschaft von Usama Bin Ladens „Al Qaida“ an den Terroranschlägen des 11. September.

Bei den Mujaheddin handelt es sich um Personen arabischer Herkunft, die einer pan-islamischen Ideologie anhängen und sich als „Gotteskrieger“ begreifen. Diese fanatischen Islamisten kamen vor Afghanistan bereits in Bosnien-Herzegowina, Tschetschenien und Kaschmir zum Einsatz.

Solidarisierung mit den Palästinensern

Ein wesentliches Element ihrer Ausbildung besteht in der ideologischen und militärischen Schulung in sudanesischen, pakistanischen und (bisher) afghanischen Lagern. Dieses Training gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für den Kampfeinsatz und den Aufstieg innerhalb der radikalen Organisationen. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan richteten sie ihre ideologische und militärische Gegnerschaft vornehmlich gegen Israel und die USA.

Der Grund für die Feindschaft gegen Israel ist laut Fritsche vordergründig die Solidarisierung mit der palästin-

schen Bevölkerung im Nahost-Konflikt, dessen Lösung heute mehr denn je in weite Ferne gerückt ist. Diese Solidarisierung dient der Legitimierung eines totalitären Fundamentalismus und der Rechtfertigung der unveränderten Nichtanerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel.

Als Begründung für die Feindschaft gegen die USA dient die Stationierung US-amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien, dem Land, in welchem sich die bedeutendsten Heiligtümer des Islam befinden. Usama Bin Laden erklärte mehrfach die Anwesenheit „Ungläubiger“ bei den heiligen Stätten des Islam zu einem essentiellen Beweggrund seines terroristischen Handelns. Auch weitere Interessen der amerikanischen Außenpolitik wie die Unterstützung des saudischen Königshauses (welches bei fundamentalistischen Muslimen keineswegs beliebt ist), die Unterstützung Israels, sowie wirtschaftliche Interessen der USA in der Golfregion und in Zentralasien, sind ursächlich für die islamistische Feindschaft gegenüber den Amerikanern. Aktuell kommen noch die Erfolge amerikanischer Truppen in Afghanistan hinzu. Doch darf eine, von diesen konkreten politischen Ursachen unabhängige Motivation der islamischen Terroristen nicht übersehen werden, nämlich die fundamentale Ablehnung der amerikanischen Werte, Institutionen, ja der zentralen Merkmale des westlichen Kulturkreises.



Klaus-Dieter Fritsche: Weitere potenzielle Terroristen halten sich in Deutschland auf

sich in Deutschland aufhalten. Diese könnten ihre gewonnenen Ortskenntnisse nutzen oder für andere nutzbar machen, um Anschläge durchzuführen.

Wegen ihres hohen Gefährdungspotenzials standen „Al Qaida“ und die

Diese Präzisierung macht wiederum die potenzielle Gefährdung der Bundesrepublik deutlich, die Bestandteil des westlichen Kulturkreises ist und eine Gegenposition zu den radikalen Vorstellungen von einer Theokratie der Islamisten einnimmt.

Netzwerke auch bei uns

Einige der Attentäter des 11. September waren als Mitglieder fundamentalistischer muslimischer Organisationen auch hierzulande aktiv. Fritsche betonte, dass mit der oben genannten Ausbildung persönliche Kontakte entstehen, welche dieses Netzwerk tragen. Es ist flexibel, nicht engmaschig. Es erstreckt sich über mehrere Kontinente und ermöglicht es den Strategen der einzelnen Zellen, an jedem beliebigen Ort der Welt den „Heiligen Krieg (d jihad)“ auszurufen.

Neben den formellen Organisationen sind die sog. „non aligned mujahedin“ zu berücksichtigen. Diese weisen keine formelle Organisationsstruktur auf, sondern bilden vielmehr kleine und kleinste Gruppen, die sich in der Regel um eine lokale Führungspersonlichkeit sammeln und ebenfalls vielfältige, nationale und internationale Kontakte zu „Arabischen Mujahedin“ unterhalten. So waren es vielfach sie, die nach dem Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan ihren Glaubensbrüdern Unterstützung gewährten.

Fritsche betonte, dass weltweit von einer großen Anzahl potenzieller islamistischer Attentäter ausgegangen werden muss, die für Anschläge ausgewählt werden könnten. Ob diese „Al Qaida“ oder Netzwerken der „non aligned mujaheddin“ angehörten sei unerheblich, da zwischen beiden Bereichen Formen der Kooperation bestehen.

Die militärischen Erfolge in Afghanistan sowie die weltweit intensivierten Fahndungen der Sicherheitsbehörden führten zu einem erheblichen Druck auf die Mujaheddin. So richteten diese derzeit ihre Konzentration auf die Sicherung des bloßen Überlebens bei gleichzeitigem Versuch, sich neu zu formieren. Für Afghanistan selbst sei davon auszugehen, dass ein Drittel der

Kämpfer noch im Lande, ein weiteres Drittel umgekommen und dem verbleibenden Drittel die Flucht in die Nachbarländer gelungen sei. Dies bestätigt die Einschätzung der Nachrichtendienste, dass die Militäraktionen in Afghanistan zwar zur Beeinträchtigung der Infrastruktur von Al Qaida geführt haben, die Organisation aber keineswegs endgültig zerschlagen und handlungsunfähig gemacht wurde.

Disput über den „Otto-Katalog“

Dieser Sicht schloss sich Robert Mizia vom Strategischen Innovationszentrum des Bayerischen Landeskriminalamtes ausdrücklich an. Mizia erläuterte die Maßnahmen und Sicherheitspakete („Otto-Katalog“), mit denen die Bundesrepublik der terroristischen Bedrohung begegnen will.



Robert Mizia vom Landeskriminalamt erläuterte die verabschiedeten „Sicherheitspakete“

Fotos: Schröder

Bereits vor dem 11. September wurde eine Streichung des „Religionsprivilegs“ im Vereinsrecht in die Wege geleitet, die unmittelbar danach verabschiedet werden konnte. Auch besteht nun die Möglichkeit, die Unterstützung und Werbung für sowie die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, die keine organisatorischen Strukturen in der Bundesrepublik selbst hat, strafrechtlich zu verfolgen. Ein Problem besteht nach Mizia darin, dass die Definition des unbestimmten Rechtsbegriffes der „terroristischen Vereinigung“ durch die deutsche Rechtsprechung erfolgen muss, die so die Abgrenzung zu selbsternannten „Freiheitskämpfern“ vornimmt.

Um künftig die Sicherheit der zivilen Luftfahrt zu erhöhen, können Flugsicherheitsbegleiter des Bundesgrenzschutzes an Bord von Flugzeugen mitreisen. Auch soll das Personal, das Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen im Flugverkehr (wie auch in anderen Bereichen) hat, künftig wirksam überprüft werden können.

Eine Reihe von weiteren Maßnahmen zielt darauf ab, aufgrund des Verhaltens von potenziellen Attentätern, Anschlagplanungen frühzeitig zu erkennen und präventiv zu unterbinden:

Die langjährig in Deutschland ansässigen Attentäter des 11. September waren offenbar häufig gereist, daher besteht künftig die Möglichkeit, Reisebewegungen festzustellen. Aus der Tatsache, dass sie häufig Geldüberweisungen aus dem Ausland erhalten haben, ergab sich die Notwendigkeit, Finanzströme beleuchten zu können. Des weiteren soll künftig die Kommunikation mittels elektronischer Medien überwacht werden können.



Kriminologe Fritz Sack kritisierte den „Otto-Katalog“

Kollision von Sicherheit und Freiheit

Neben weiteren Methoden, wie dem Einsatz biometrischer Systeme in sicherheitsrelevanten Bereichen, oder Änderungen im Pass- und Personalausweisrecht, umschrieb Mizia auch die in der Öffentlichkeit viel diskutierte „Rasterfahndung“ und die erfolgten Änderungen im Ausländer- und Asylrecht. Insbesondere kritisierte er die Verknüpfung der letztgenannten Bereiche mit der allgemeinen Zuwanderungsdebatte. Aber auch ohne diese sei es nicht vollständig zu vermeiden, dass Menschen unberechtigt unter Verdacht geraten könnten. Doch be-

tonte Mizia, dass es immer einen Bereich geben werde, an welchem die Prinzipien „Sicherheit“ und „Freiheit“ kollidieren und die Verwirklichung des einen zumindest teilweise zu Lasten des anderen Prinzips gehen werde. In diesem Fall sei eine Güterabwägung vorzunehmen, was bei den erfolgten Gesetzesänderungen geschehen sei und die angesichts der poten-



Herbert Müller: Auch junge Muslime können in die radikalen Milieus geraten und für deren extremistische Zwecke instrumentalisiert werden.

ziellen Gefährdung den Erfordernissen der Verhältnismäßigkeit gerecht würden.

Dem hielt der Kriminologe Fritz Sack (Universität Hamburg) entgegen, dass letzteres gerade nicht der Fall sei. Vielmehr seien übereilt rechtliche Änderungen in Kraft gesetzt worden, welche die Freiheitsrechte der Bürger massiv einschränken, die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden übermäßig ausweiten und das Prinzip der „Sicherheit“ gegenüber der „Freiheit“ über Gebühr ausdehnen. Auch kritisierte Sack, dass das gesetzliche Instrumentarium hinsichtlich seiner Effizienz keineswegs überprüft worden sei, vielmehr soll eine Evaluation erst nach dem Ablauf von fünf Jahren erfolgen. Sack bedauerte die mangelnde öffentliche Wahrnehmung und Diskussion der Maßnahmen.

Mizia entgegnete, die mangelnde Diskussion in der Öffentlichkeit sei damit zu erklären, dass ein Großteil der Bürger an den getroffenen Regelun-

gen keinen Anstoß nehme und keinesfalls mit mangelnder Sensibilisierung der Menschen. Auch verwies er wiederholt auf den beschränkten zeitlichen Geltungsbereich (fünf Jahre) und forderte mehr Gelassenheit bei der Bewertung der Gesetze.

Abschließend erläuterte Herbert Müller, Islamexperte und Leiter des Referats „Islamismus“ beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, die Aktivität islamistischer Organisationen in Deutschland und wie diese ihre Anhänger rekrutieren. Er betonte, dass auch junge Muslime mit einer dem Land adäquaten Sozialisierung über diverse Stationen in die radikalen Milieus geraten und für deren extremistische Zwecke instrumentalisiert werden können. Diese Fälle er-

achtet Müller für wesentlich problematischer als eingereiste Extremisten, gegen welche es immerhin die Handhabe der Einreisekontrolle gäbe. Es wird jedoch nur mit Schwierigkeiten möglich sein, diese Milieus zu unterwandern und auszuspähen.

Auch bedauerte Müller die mangelnde Kooperationsbereitschaft in den nicht-extremistischen arabischen und türkischen Kreisen. Den Sicherheitsbehörden ist es offenbar noch nicht gelungen, das Vertrauen zu gewinnen, das für eine fruchtbare Zusammenarbeit erforderlich ist. Ohne diese ist es jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, die gewaltbereiten Extremisten und potenziellen Terroristen ausfindig zu machen. ■

Alexander Schuhr

(siehe auch Pressestimmen S. 34)

Einsatzfreude mit strenger Konsequenz *Helmut Hahn geht in den Ruhestand*

Typisch für das Pflichtenethos von Oberamtsrat Helmut Hahn ist es, dass er nicht am 31. Mai 2002, wie es beschlossen war, in den Ruhestand entschwand, sondern sich durch unbesoldeten Beschäftigungsauftrag in den Dienst eines reibungslosen Übergangs der Amtsgeschäfte auf seinen Nachfolger stellte. Seinen Dienst an der Akademie wird Helmut Hahn im August quittieren, nachdem er über 18 Jahre im Hause als Verwaltungsbeamter und Haushaltsbeauftragter gewirkt hat – mit Einsatzfreude, Überblick, Sachlichkeit, auch mit strenger, rechtlich abgestützter Konsequenz, die ihn aber nicht daran hinderte, gangbare Wege zu suchen, wo sie auf den ersten Blick versperrt schienen. Hohe Kompetenz lässt sich all das zusammenfassend nennen.

Hahn ist 1984 vom Staatsinstitut für Bildungsforschung und Bildungsplanung (ISB) zur Akademie gestoßen. Dort war ihm bereits geläufig, wie schwierig sich der Brückenschlag zwischen wissenschaftlichen und administrativen Denkstrukturen gestalten kann. Damals

schon ist ihm bescheinigt worden, wie sicher und verbindend er sich auf diesem schwierigen Gelände zu bewegen weiß. In der Akademie war diese Fähigkeit eher noch mehr gefragt als am ISB.

In einer früheren dienstlichen Beurteilung findet sich zur Belastbarkeit Helmut Hahns die Aussage: „Groß!“ Ich würde hinzufügen: „Sehr groß!“ Unerwarteter Arbeitsanfall, so steht dort zu lesen, mindert weder Sorgfalt, noch Leistungsbereitschaft, noch Engagement über die tarifliche Arbeitszeit hinaus – ohne besondere Honorierung. Auch hier schließt sich im derzeitigen Übergang also ein Kreis. „Abgewogenes, stets sachlich begründetes, eigenständiges Urteil“ wird an anderer Stelle dieser Beurteilung mitgeteilt, gerühmt werden Hahns haushalts-, tarif- und arbeitsrechtlicher Sachverstand – damals schon. Die Akademie hat von all dem aufs Vorzüglichste profitiert. Sie hat allen Anlass zu großer Dankbarkeit. Wenn sich Helmut Hahn nun in den Ruhestand verabschiedet, geht eine Ära zu Ende, die gleichwohl prägend bleiben wird. Genau dies ist das Haus ihm schuldig. ■

Heinrich Oberreuter

Politikunterricht einmal anders

Gewalt und Toleranz - Rollenspiele und ein Zeitzeuge machen den Nahost-Konflikt lebendig und nachvollziehbar

Als Auftakt einer Veranstaltungsreihe mit bayerischen Schülerinnen und Schülern fand das erste Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik mit dem Thema „Gewalt und Toleranz in und zwischen Gesellschaften – Beispiel Nahost-Konflikt“ statt. Die teilnehmenden Klassen 10c des Gymnasiums Dinkelsbühl, 11a des Max-Born Gymnasiums Germering und der Leistungskurs Sozialkunde/Geschichte des Willstätter-Gymnasiums Nürnberg sowie die begleitenden Lehrkräfte konnten sich dabei ein Bild von der Komplexität des Nahost-Konflikts und der Begrenztheit der Lösungsansätze machen.

Dem eigentlichen Thema vorgeschaltet war am ersten Abend ein Rollenspiel zur konstruktiven und kreativen Konfliktbewältigung. Dabei erläuterte Ellen M. Zitzmann, Gründerin des Vereins „Power for Peace“, wie aus alltäglichen Kommunikationsproblemen Konflikte entstünden. Damit müsse man sich aber nicht abfinden, so Ellen Zitzmann: „Vielmehr können durch geschicktes Verhandeln, Reden und Eingreifen gewalttätige (physische und/oder psychische) Konflikte frühzeitig eingedämmt oder verhindert werden.“ Zur Veranschaulichung führten die einzelnen Klassen Rollenspiele zum Thema „Alltägliche Gewalt“ auf. Anhand der dargestellten Situationen zeigte Zitzmann den Schülern, wie man eine Schlägerei in der U-Bahn vermeiden könne.

Nach einigen Hinweisen der Seminarleiter, wo die Schüler sich Material zum Thema Nahost-Konflikt beschaffen können (Internet, Zeitungen, Bücher etc.) führte Michael Ingber, ein in den USA geborener Israeli, in die sehr komplizierten Strukturen und Prozesse des Konflikts ein. Anhand persönlicher Lebensstationen und -situationen – Ingber war 16 Jahre Offizier in der is-



Kreative Wandzeitungen dokumentierten die Ergebnisse der Arbeitskreise

Foto: Wolf

raelischen Armee, seine Familie lebt in Jerusalem – schilderte er in einer sehr ausgewogenen und unparteiischen Weise die historischen Gründe für die Entstehung der Auseinandersetzungen. Seine Darstellung der dominierenden Rolle der Religionen, der Bedrohung der Existenz Israels durch die Nachbarstaaten einerseits, der

tagtäglichen Erniedrigung der Palästinenser andererseits führten bei Schülern wie Lehrern zum wachsenden Verständnis für die Lage im Landstrich zwischen Mittelmeer und Jordan.

Vorurteile problematisiert

Zur Vertiefung des Gehörten erarbeiteten die Schüler in fünf Arbeitsgruppen (Bevölkerung, Wirtschaft, Jerusalem, politische Lösungen, Rolle der anderen Länder) Detailkenntnisse.

Eine sechste Gruppe war in der Zwischenzeit damit beschäftigt, die wichtigsten Ergebnisse der Tagung in einer Seminarzeitung, die schließlich 16 Seiten umfasste, zusammen zu stellen. Das Verständnis für die schwierige Lebenssituation israelischer und palästinensischer Jugendlicher wurde auch durch einen Film gefördert, der besonders die gegenseitigen Vorurteile problematisierte. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit wurden – optisch in Plakatwänden sehr anschaulich aufbereitet – abschließend präsentiert und dann den Schulen für Ausstellungen zur Verfügung gestellt.

Eine abschließende Umfrage unter den Teilnehmern durch die Zeitungsgruppe machte deutlich, dass das Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik auf jeden Fall fortgesetzt werden sollte. Zum einen weckte es das Interesse der Schüler für dieses Thema, zum anderen „ersparte es dem Lehrer eine Woche Vorbereitungszeit“, wie ein teilnehmender Pädagoge betonte. ■

Dinah Groß
Stephan Vielmeier

Inhalte rangieren vor Images

Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2002 aus Allensbacher Sicht

„Jede Wahl ist eine ganz eigene Schlacht!“ betonte Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, und mahnte damit all jene zu Vorsicht und Zurückhaltung, die Wahlforschern prognostische Kräfte zuschreiben. Dennoch sind die Erhebungen der Demoskopen über die Kompetenzzuschreibungen der Parteien, die Images der Kandidaten und die Wahlabsichten der Stimmberechtigten wichtige Indikatoren. Hundert Tage vor der Bundestagswahl präsentierte Renate Köcher, die auch regelmäßig Allensbacher Befunde in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht, den Teilnehmern am Akademiegespräch im Landtag aktuelle Umfragedaten über die „Qualität der Feldherrn“, die „Moral und Siegeszuversicht der Truppen“ sowie die „Schlagkraft der Themen“.

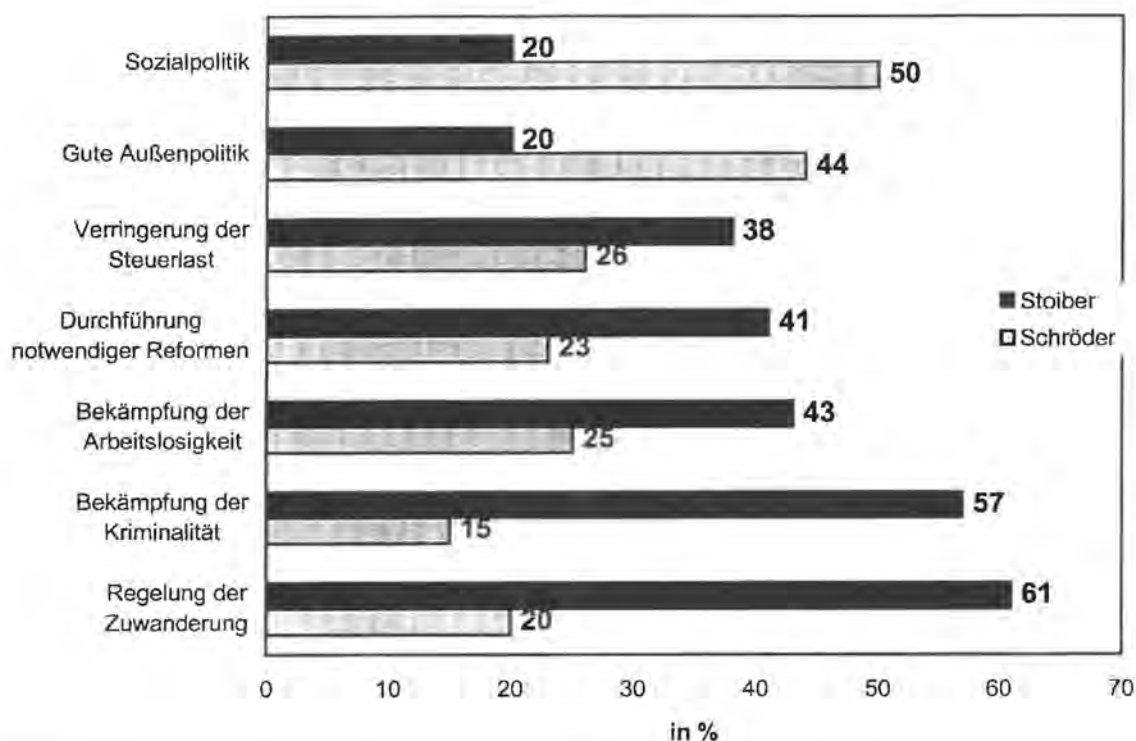
„Erst am Tag vor der Wahl“, so die Wahlforscherin, „geben wir eine Prognose ab.“ Alle Umfrageergebnisse, die vorher veröffentlicht würden, seien lediglich Momentaufnahmen der Stimmungslage der Wählerschaft mit

begrenzter Prognosekraft. Zu unberechenbar seien kurzfristige Einflüsse, die das Klima für eine Partei und deren Wahlchancen – jüngstes Beispiel ist die Antisemitismuskontroverse der FDP – änderten. Andererseits sei aber

auch festzustellen, dass „Aufregungszyklen“, innerhalb derer Themen durch die Medien gepusht und wieder fallen gelassen würden, in immer kürzeren Abständen abliefen.

Was man aber bei der Analyse der laufenden Legislaturperiode im Moment durchaus feststellen könne, seien einige sehr stabile langfristige Trends. Nach dem triumphalen Sieg Schröders und der Koalitionsbildung Ende 1998 konnte das rot-grüne Regierungsbündnis in den Folgemonaten seinen Popularitätsvorsprung noch weiter ausbauen. 1999, Oskar Lafontaine zog sich aus der Regierung zurück und unpopuläre Themen wie Gesundheits- und Rentenreform begannen die Agenda zu dominieren, machte sich allmählich „Katerstimmung“ im Land breit. In den Landtagswahlen dieses

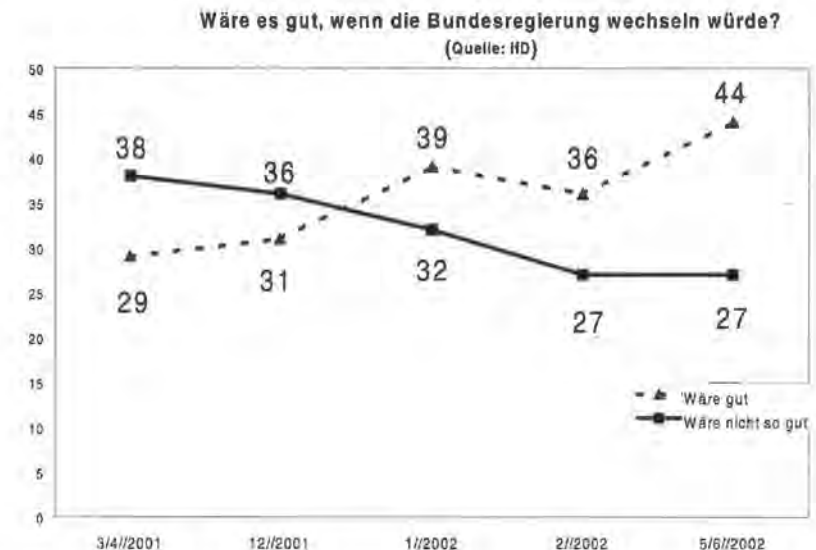
**Zutrauen zur Kompetenz von Stoiber und Schröder
in den verschiedenen Politikfeldern (Quelle: IfD)**



Jahres hatte Rot-Grün regelmäßige „Waterloo-Erlebnisse“. Mit der Spendenaffäre der CDU änderte sich dieses Bild. Die Union verlor massiv in der Wählergunst, SPD und FDP bauten ihre Stimmenanteile kontinuierlich aus. Zum Jahreswechsel 2000/2001 machte sich das Gefühl breit, die nächste Bundestagswahl sei bereits entschieden. Die Stimmung begann abermals zu kippen, als sich im Frühjahr 2001 die wirtschaftlichen Daten verschlechterten. Wenig Optimismus herrscht seitdem in der Bevölkerung vor, wenn es um die Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten geht. Die Kölner SPD-Spendenaffäre tat ein Übriges und so machte die Euphorie des Jahres 1998 der Ernüchterung der Jahre 2001 und 2002 Platz. Die Steuerreform wird von der Mehrzahl nicht als Entlastung wahrgenommen, die Riesterreute trifft auf nur sehr geringes Interesse und in Ländervergleichen schneiden die Deutschen ungewohnt schlecht ab (z. B. PISA, Wirtschaftswachstum).

All dies hat ein Gefühl der Resignation, der „Leidenschaftslosigkeit“ der meisten Wähler im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl zur Folge: „Einerseits herrscht eine nur sehr gering ausgeprägte Begeisterung dafür vor, dass Rot-Grün über den 22. September hinaus regiert, andererseits löst auch der Gedanke an einen Regierungswechsel keine Begeisterung aus. Der Wähler weiß genau, dass keine Regierung Verteilungsspielraum haben wird, sondern in zentralen Bereichen des Sozialsystems einschneidende Reformen durchführen muss.“

Ist das Wechselklima hundert Tage vor der Wahl auch noch nicht so ausgeprägt wie 1998, als zu diesem Zeitpunkt bereits über 50 Prozent der Wahlberechtigten an einen Wechsel glaubten, so hat es sich aber im Verlauf der letzten Monate kontinuierlich verstärkt. Mit aller gebotenen Prognosevorsicht, so Renate Köcher, könnte das wahrscheinliche Szenario am Wahlabend so aussehen, dass die Unionsparteien hinzugewinnen, die FDP sehr gut abschneiden, die SPD größere Verluste einfahren werde und die Grünen nur in geringem Umfang



verlieren werden. Zusammen genommen würden diese Verschiebungen nach dem jetzigen Stand der Daten für einen Regierungswechsel zugunsten einer christlich-liberalen Koalition ausreichen.

Inhalte und Themen wichtiger als Personen

Demoskopische Befunde zeigen auch, dass den Wählern Inhalte, Themen immer noch wichtiger seien als Personen. Allerdings, so räumte Köcher

deutschen Wahlkampfes zu sprechen. Zu unterschiedlich seien die politischen Kulturen der USA und Deutschlands ausgeprägt. So hat man auch bei den Sozialdemokraten inzwischen gemerkt, dass die ausgesprochen starke Fokussierung des Wahlkampfes auf den Kanzler Gefahren in sich birge. So sei laut Köcher zwar der Abstand zwischen dem Kanzler und seinem Herausforderer Stoiber in der Wählergunst noch vorhanden, seit Januar 2002 ist er aber zunehmend geringer geworden. Während Schröder u. a. in den Bewertungspunkten Sympathie,

Ausstrahlung und in den Kompetenzfeldern Außenpolitik und Familienförderung vorne liege, könne Stoiber u. a. bei der inneren Sicherheit und staatlichen Entlastungen punkten. Außerdem werden ihm vom Wähler mehr Sachkompetenz, Integrität und die Fähigkeit, auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, zugesprochen. Auf ihre rhetorischen Fähigkeiten angesprochen, offenbare sich der Meinungsforscherin zufolge ein grundlegender Unterschied:



Renate Köcher: Wechselklima verstärkt sich
Foto: Klugmann

ein, gewannen personenbezogene Effekte generell und insbesondere dann, wenn der Wahltermin näher rücke, immer mehr an Bedeutung. Dennoch ginge es der Wahlforscherin zu weit, trotz der Übernahme einzelner Merkmale von der bedingungslosen „Amerikanisierung“ des bundes-

Während Schröder die „Rhetorik des zu 100 Prozent zustimmungspflichtigen Satzes“ pflege, geht es vielen bei Stoiber in etwa so: „Ich verstehe zwar nicht, was er sagt, aber ich habe das Gefühl, er weiß, was er sagt.“ ■

Manfred Schwarzmeier

Auf dem Weg in die Mediokratie

Politik im Unterhaltungsformat als Quotenhit

Kanzler und Kandidat tingeln durch sämtliche Talkshows. Parteitage werden zu für die Medien inszenierten „Akklamations-Events“. Die Medien - und hier insbesondere das Fernsehen - haben in den Wahlkampfstrategien der Parteien eine zentrale Rolle übernommen. Gründe genug, sich intensiv mit der Rolle und Wirkung der Massenmedien bei der Politikvermittlung und -darstellung in einer Tagung zu beschäftigen.

Für Thomas Meyer, Politikwissenschaftler an der Universität Dortmund, prägen zwei Filtersysteme der Medien das Bild in der Öffentlichkeit von der Politik. Da seien zunächst die professionellen Selektionsregeln der Journalisten bei der Nachrichtenauswahl: der Nachrichtenwert wird bestimmt durch Kriterien wie Personalisierung, Prominenz und Spektakuläres. Katastrophe, Krieg und Konflikt sind die drei großen K's der Nachrichtenauswahl. Dazu tritt der Präsentationsfilter: kann ein Ereignis

„Wir haben es mit einer Amerikanisierung der politischen Kultur zu tun. Journalisten gehen als Berater ins politische System.“

Thomas Meyer

mediengerecht dargestellt werden? Gibt es Bilder? Diese zwei Filtersysteme prägen das Politikbild der Öffentlichkeit: „Nur was da durchkommt, findet statt.“

Nach Meyer war die klassische Parteiendemokratie dadurch gekennzeichnet, dass die Politik die Themen setzte. Die Medien waren auf ihre Beobachter- und Chronistenrolle beschränkt. So entstand ein Bild für die Öffentlichkeit, das für die Meinungsbildung wichtig war. In der heutigen Mediendemokratie - oder der Meyer'schen Weiterentwicklung: der Medio-



Thomas Meyer beobachtet die Selbstmediatisierung der Politik

kratie* - ist es umgekehrt: „Wir haben es mit einer Amerikanisierung der politischen Kultur zu tun. Journalisten gehen als Berater ins politische System.“ Umgekehrt inszenieren sich Politiker als Moderatoren von TV-Sendungen wie Herzog, Gauck oder Friedman. „Die Politik übernimmt die Prä-Inszenierungsregeln der Medien, es kommt zur Selbstmediatisierung der Politik. Die Politik wird durch die Medien kolonisiert“, so Meyer.

**„Darstellungspolitik“
verdrängt
„Herstellungspolitik“**

Die Folgen sind gewaltig: sehr viel Energie der Politiker wird auf Selbstdarstellung verwandt. Die „Darstellungspolitik“ wird wichtiger und gewinnt zunehmende Unabhängigkeit von der „Herstellungspolitik“. Das Image eines Politikers wird an-inszeniert, Pseudo-Ereignisse werden produziert und symbolische Handlungen

ersetzen über weite Strecken politisches Handeln. „Die Mediengängigkeit eines Politikers zählt mehr als Parteitreue. Er bewegt sich im Dreieck von Demoskopie, Medialität und Inszenierungsfähigkeit“.

Dies alles führe zur Marginalisierung von Parteien und Parlamenten und damit zu einer grundlegenden Charakteränderung des politischen Prozesses, eben der „Mediokratie“.

Show oder Kompetenz?

Mit Markus Söder aus dem Wahlkampfteam Edmund Stoibers hatte die Akademie einen Praktiker moderner und das heißt medienvermittelter Kampagnenkommunikation eingeladen. Als oberstes Ziel stehe die Geschlossenheit: „Querdenker werden gestrichen“. Einerseits werde ein in-



Markus Söder: „Querdenker werden gestrichen“

Fotos: Klugmann

haltliches Programm präsentiert, andererseits bastelt der Beraterkreis um den Ex-BamS-Chefredakteur Michael Spreng an medienwirksamen Auftritten des Kandidaten. Nach der Angriffs- und Kritikphase gegen die Regierung käme die Programmphase, in der CDU/CSU ihre Pläne für die nächste Legislaturperiode veröffentlichen. Danach folgt zum Abschluss die heiße Phase, in der die Mobilisierung der möglichen Wähler im Vordergrund steht. Angesprochen auf die Rolle der

* Meyer, Thomas: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien.* edition suhrkamp, Frankfurt/M. 2001. 10,- Euro

Medien- und Imageberater um Stoiber sagte Söder: „Umbasteln geht nicht.“ Die Frage sei, ob Show oder Kompetenz in der Politik gefragt sei. Die Union setze auf Kompetenz statt Show. „Und dafür steht unser Kandidat, so wie er eben ist.“

In der Inszenierungsfalle

Hermann Meyn, zehn Jahre Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Vereins und Honorarprofessor für Jour-



Hermann Meyn: „Politiker stellen den Journalisten Fallen auf“

nalistik an der Universität Hamburg, hat über Jahrzehnte hinweg in unterschiedlichen journalistischen Rollen Wahlkämpfe und die Veränderung der Mediendemokratie beobachtet. Er kam zu dem Schluss, dass die oft zu beobachtende Kumpanei zwischen Politikern und Journalisten zu „Beißhemmungen“ führe: „Mit ihren Beziehungsspielen und vordergründigen Hintergrundgesprächen machen Politiker die Journalisten zu Mitwissern und Vertrauten.“

Drei Fallen beobachtet Meyn: die Aktualisierungsfalle schnappt immer dann zu, wenn Pseudo-Themen von der Politik konstruiert werden und die Tabu-Zertrümmerung dazu dient, eine Honigspur auszulegen, auf die die Medien sicher gehen werden. „So bestimmen unsere Politiker die Agenda der Medien!“ Die Inszenierungsfalle stellen die Politiker auf, wenn sie ihre Parteitage zelebrieren, die nur den Zweck haben, den Kandidaten vor der Öffentlichkeit im besten Licht erscheinen zu lassen. Die Duellierungsfalle ist das neueste Instrument und bei den

Amerikanern abgeguckt. Die zwei Kandidaten werden sich in zwei TV-Duellen im August und September begegnen und das Inszenierungsmuster

„Mit ihren Beziehungsspielen und vordergründigen Hintergrundgesprächen machen Politiker die Journalisten zu Mitwissern und Vertrauten“

Hermann Meyn

folgt dem der bekannten „showdowns“ im Western. Spannung pur: wer verlässt als Sieger die Arena? Politik im

Unterhaltungsformat als Quotenhit. Die Konfrontation der Personen steht im Mittelpunkt, Inhalte und Programme werden in den Hintergrund gedrängt. Sympathie und Mediengängigkeit der Hauptdarsteller sind wichtige Faktoren der Wahlscheidung geworden. Die Veränderung unserer Demokratie zur Mediokratie lässt sich

in diesen Wahlkampfzeiten trefflich beobachten. Und jeder Tag bringt neue, empirische Beweise. ■

Michael Schröder

Gegensätzliche Biographien

Filmpreisträger Veiel präsentiert seine Dokumentation „Black Box BRD“

Der Berliner Regisseur und Drehbuchautor Andreas Veiel stellte in der Akademie seinen mehrfach preisgekrönten Dokumentarfilm „Black Box BRD“ vor. Inzwischen hat der Film nicht nur den Bayerischen, sondern auch den Deutschen Filmpreis erhalten. Man muss lange suchen, bis man auf einen ähnlich erfolgreichen Dokumentarfilm stößt. Alle Feuilletons der Republik räumten willig Seiten oder Doppelseiten für Rezensionen und Interviews frei. Auch das Publikum zieht mit. Die Besucherzahl pro Kopie ist fast so hoch wie bei „Pearl Harbour“.

„Black Box BRD“ erzählt von zwei deutschen Lebensläufen, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Mit einem Unterschied: Beide endeten mit einem gewaltsamen Tod. Da ist zunächst Alfred Herrhausen: Er macht nach dem Krieg eine Wirtschaftswunder-Karriere wie aus dem Bilderbuch. Er heiratet in eine reiche Industriellen-Familie ein und kämpft sich mit Ehrgeiz und massivem Ellenbogen-Einsatz an die Spitze der Deutschen Bank. Als er 1989 von einem Kom-

mando der Rote Armee Fraktion umgebracht wird, ist er einer der mächtigsten Männer der Republik.

Vier Jahre später stirbt Wolfgang Grams unter bis heute ungeklärten Umständen auf dem Bahnhof von Bad Kleinen. Seine Angehörigen schließen nicht aus, dass er von GSG-9-Kräften

exekutiert wurde. Die Staatsanwaltschaft geht von einem Selbstmord aus. Bei seiner Festnahme kam auch ein junger Polizeibeamter zu Tode.

Als Teil der so genannten dritten Generation der RAF ist Grams für die Öffentlichkeit ein Phantom geblieben. Ob und an welchen Anschlägen Grams beteiligt war,

weiß man nicht. In einer vier Jahre dauernden Recherche hat Veiel den Motiven dieser beiden Männer nachgespürt. Das Ergebnis sind eindringliche Bilder und Interviews.

Veiel zeigte seinen Film und diskutierte im Rahmen eines zeitgeschichtlichen Seminars („Zwischen Mauerbau und Nachrüstung – Deutschland in den 60er und 70er Jahren“) auf Einladung von Akademiedozent Jürgen Weber und Siegfried Münchenbach von der Dillinger Akademie. ■ jw



Andreas Veiel Foto: ms

Medien und Politik live vor Ort

Lehrer besuchen das Bayerische Fernsehen

Einen lebhaften und realistischen Live-Eindruck vom Alltag der Fernsehjournalisten verschafften sich vor Ort im Bayerischen Fernsehen 50 Seminarlehrer für Sozialkunde. In Gesprächen mit Redakteuren und Redaktionsleitern von „Report München“, dem „Mittagsmagazin“ und der „Abendschau“ wurde das enge und abhängige Verhältnis von Journalisten und Politikern diskutiert. Besonders im Wahljahr mit einem CSU-Kanzlerkandidaten und speziell in Bayern fürchteten viele Teilnehmer eine zu einseitige Parteinahme des BR für den CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Andreas Bönnte (Report) und Peter Althammer wiesen die Vorwürfe einhellig zurück und reklamierten für sich auch im Wahljahr einen unabhängigen und fairen Journalismus.



Peter Althammer (links) nahm sich trotz extremer Hektik in der Redaktion Zeit und blieb keine Antwort schuldig Fotos:ms



„Report“-Chef Andreas Bönnte (links) stellte sich den kritischen Fragen der Lehrer



Modernste Digitaltechnik in den Schneiderräumen des Bayerischen Fernsehens

„Wenn NDR und WDR zu sanft mit Schröder umgehen, dann müssen wir den kritischen Part spielen (Bönnte)“.

Wie stark aktuelle Ereignisse den Redaktionsablauf beeinflussen, konnte die Lehrergruppe direkt erfahren.

Die vorgesehene Teilnahme an der Livesendung „Mittagsmagazin“ fand nicht statt, weil die Sendung der Übertragung der Trauerfeier von Queen Mom in London zum Opfer fiel. Und richtige Hektik brach im Studio aus, als sich der Anfang der „Abendschau“

wegen einer Liveübertragung aus dem Landtag immer weiter verzögerte. So konnten die Lehrer miterleben, wie das Programm ständig verändert und auch während der laufenden Sendung kurzfristig noch umgeworfen wurde. That's live! ■ ms

Das Für und Wider der Agrarwende

Herausforderungen der deutschen und europäischen Landwirtschaft

Seit der BSE-Krise und den anschließenden Alarmmeldungen über Lebensmittelgefährdungen sind Landwirtschaft und Agrarpolitik verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Zusätzlich wird die deutsche und europäische Landwirtschaft durch die Erweiterung der EU und im Rahmen der neu eingeläuteten WTO-Verhandlungsrunde herausgefordert. Die Bundesregierung hat mit einer Neuausrichtung der deutschen Agrarpolitik, einer „Agrarwende“, auf diese Herausforderungen zu reagieren versucht. Die Akademie hat dies alles zum Anlass genommen, namhafte Agrarexperten aus Politik, Wissenschaft und Verbänden nach Tutzing einzuladen, um das Für und Wider einer Agrarwende und die Konturen einer nachhaltig sinnvollen Agrarpolitik zu diskutieren.

Das Konzept der Bundesregierung wurde von Staatssekretär Wille erläutert (siehe nachfolgende Seite 15). Der bayerische Landwirtschaftsminister Miller umriss die Sichtweise der bayerischen Agrarpolitik und machte nicht zuletzt zahlreiche Differenzpunkte zum Konzept der Agrarwende deutlich (siehe Seite 16/17). Besonders scharf ging Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner mit der Agrarwende ins

staltung der Tutzinger Tagung wertvolle Hilfe geleistet hatte, machte deutlich, dass es letztlich um zwei unterschiedliche Visionen künftiger Landwirtschaft geht. Wollen wir in Zukunft – in Fortsetzung bisheriger Tendenz – eine duale Landwirtschaft, bei der die Nahrungsmittelproduktion zu Weltmarktbedingungen (nach gesetzlichen Mindeststandards) im Zentrum steht und bei der ertragsschwa-

Strohmeier von der EU-Kommission und Dieter Kirschke von der Humboldt-Universität in Berlin analysierten vor allem die Verhandlungssituation am Beginn der neuen WTO-Runde und fragten, wie vor dem Hintergrund der internationalen Rahmenbedingungen eine sinnvollere und nachhaltig tragfähige EU-Förderpolitik aussehen müsste (siehe Seite 19).

Lutz Ribbe von EURONATUR sprach sich in diesem Kontext für eine Honorierung statt der Subventionierung der Landwirtschaft aus. Die Aktualität dieser Überlegungen wird durch die aktuellen Reformvorschläge des EU-Kommissars Fischler vom Juli besonders deutlich, die eine Art Bauerngehalt vorsehen und unabhängig davon gezahlt werden sollen, was und wie viel die Landwirte produzieren.

Klaus Froberg von der Universität Halle beschrieb die Situation der Landwirtschaft in den Beitrittsländern, deren landwirtschaftlich genutzte Fläche fast halb so groß ist wie in den bisherigen EU-Ländern. Die Betriebsstrukturen und die Produktivität der osteuropäischen Landwirtschaft setzten aber ihrer Wettbewerbsfähigkeit deutliche Grenzen.

Im Schlussteil der Veranstaltung äußerte sich Prinz zu Löwenstein zum Stellenwert, den Chancen und Problemen des Ökologischen Landbaus (siehe Seite 17).

Sepp Bichler von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – eine Art Greenpeace der Agrarbewegung – warb für eine multifunktionale Landwirtschaft, für die es – nicht zuletzt im Nebenerwerb – genügend Chancen gebe, vor allem wenn die Agrarförderung sinnvoller gestaltet werde. Jammern sei völlig unnötig. Zuvor hatte Werner Buchner, der ehemalige Amtschef des Bayerischen Umweltministeriums, gefordert, den ländlichen Raum als Ganzes (nur die Hälfte davon wird landwirtschaftlich genutzt) in den Blick zu nehmen und ihn als Kapital zu verstehen (weicher Standortfaktor), das nachhaltig genutzt und geschützt werden müsse.

Peter Hampe



Zeichnung: Mester

Gericht, die er nicht zuletzt als „nationalen Alleingang“ geißelte (siehe Seite 18). Selbst in der Agrarwissenschaft wird die Agrarwende, wie Alois Heissenhuber von der TU München deutlich machte, kontrovers diskutiert. 42 Agrarökonominnen haben im Januar 2001 öffentlich gegen sie Stellung genommen, während daraufhin 72 Wissenschaftler dafür votierten. Heissenhuber, der bei der inhaltlichen Ge-

staltung der Tutzinger Tagung wertvolle Hilfe geleistet hatte, machte deutlich, dass es letztlich um zwei unterschiedliche Visionen künftiger Landwirtschaft geht. Wollen wir in Zukunft – in Fortsetzung bisheriger Tendenz – eine duale Landwirtschaft, bei der die Nahrungsmittelproduktion zu Weltmarktbedingungen (nach gesetzlichen Mindeststandards) im Zentrum steht und bei der ertragsschwa-

che Standorte vor allem nichtlandwirtschaftlich genutzt werden, oder bevorzugen wir eine multifunktionale Landwirtschaft, die das Land flächendeckend nach erhöhten Standards in den Bereichen Ressourcen und Tierschutz bewirtschaftet? Im zweiten Teil der Tagung wurden die internationalen Rahmenbedingungen und die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik thematisiert. Rudolf

Mehr Klasse statt Masse auf dem Markt

Agrarwende als Reformstrategie der Bundesregierung

Von Staatssekretär Dr. Martin Wille, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft*

Der Weg zur Agrarwende

„Agrarwende“ ist in Deutschland ein Thema, das polarisiert. Die Bundesregierung hat schon bei ihrem Amtsantritt, vor allem aber im Gefolge von BSE eine Neuausrichtung der Agrarpolitik eingeleitet.



Martin Wille: größeres Gewicht für Nachhaltigkeit

In Zukunft hat der Verbraucherschutz in sensiblen Bereichen der Agrar- und Ernährungspolitik Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Zugleich geht es um eine umwelt- und naturverträgliche Produktionsweise. Fortan gilt das Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes. Um den Verbrauchern künftig eine bessere Orientierung für ihre Kaufentscheidung zu geben, werden zwei neue Qualitätslabels eingeführt:

- ein Qualitätszeichen für Produkte aus ökologischem Landbau, dessen Marktanteil in zehn Jahren 20 Prozent betragen soll,
- ein Qualitätszeichen für konventionell hergestellte Erzeugnisse.

Die Agrarwende, so die Botschaft von Frau Künast, soll den Landwirten die Chance bieten, wieder mehr Klasse statt Masse auf den Markt zu bringen.

*in gekürzter Fassung

Mit ökologischer Produktion sowie regionaler und direkter Vermarktung ergibt sich für die Landwirte eine neue Perspektive. Ziel ist eine gläserne Produktion, um das Vertrauen der Verbraucher in die Qualität der Lebensmittel tierischen Ursprungs zurückzugewinnen und den Landwirten ökonomisch eine Perspektive zu bieten. Einzelhandel und Lebensmittelindustrie sind unverzichtbare Partner bei der Verwirklichung dieses neuen Qualitätsgedankens.

Der Erfolg der Agrarwende muss durch ein Bündel agrarpolitischer Maßnahmen abgesichert werden.

Die Möglichkeiten der Agenda 2000 zur Knüpfung von EU-Fördermitteln an die Einhaltung von Kriterien des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes sowie an Arbeitsplätze (Modulation, Cross-compliance) sollen ausgeschöpft werden.

Ökologischer Landbau

Mit der Agrarwende wird die Nachhaltigkeit der Landwirtschaftspolitik ein größeres Gewicht bekommen:

Ziel ist es, den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 2010 auf 20 Prozent zu steigern. Ob dies gelingt, hängt vor allem von den Verbraucherinnen und Verbrauchern ab, die mit ihrer Nachfrage darüber entscheiden.

Ich habe den Eindruck, dass noch einiges zu tun ist, um die Diskussion über konventionelle und ökologische Landwirtschaft zu versachlichen.

Konventioneller Landbau und ökologischer Landbau ergänzen sich. Beide Formen der Landbewirtschaftung, eine qualitätsorientierte konventionelle Landwirtschaft und der ökologische Landbau haben ihre Berechtigung und ihren Markt. Nicht die konventionelle Landwirtschaft an sich, sondern eine Intensivlandwirtschaft ohne Bindung an die hofeigene Futterfläche ist berechnete Zielscheibe der Kritik.

Nachhaltige Landwirtschaft

Die Neuorientierung der Landwirtschaft, wie sie mit der Agenda 2000 bereits angelegt wurde, vermindert die Anreize zur landwirtschaftlichen Überproduktion und kann damit u.a. eine weitere Handelsliberalisierung unterstützen und den Entwicklungsländern den Marktzugang erleichtern. Freie Märkte sind nicht zuletzt auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit, die es den Entwicklungsländern ermöglicht, ihre komparativen Vorteile durch den Handel mit Lebensmitteln zur wirtschaftlichen Entwicklung zu nutzen.

Ganz entscheidend kommt es für eine nachhaltige Entwicklung darauf an, den ländlichen Raum insgesamt in den Blick zu nehmen. Er ist Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum. Diese Funktionen zu einem langfristig tragfähigen Ausgleich zu bringen, ist nicht leicht. Einerseits nimmt die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum ab, andererseits prägt die Landwirtschaft ihn nach wie vor in vielfältiger Weise.

Das regionale Markenprofil für Lebensmittel und multifunktionale Land- und Forstwirtschaft mit ihren zusätzlichen Einkommensquellen sind wichtige Ansatzpunkte, um die wirtschaftliche Basis der ländlichen Räume zu stärken.

Arbeitsplätze sowie attraktive Bildungs- und Freizeitangebote sind wichtig, um in ländlichen Räumen jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft, in Handwerk, Gewerbe und modernen Dienstleistungsberufen oder im Tourismus müssen neu geschaffen werden, um die geringe Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft auszugleichen.

Strategien für die Zukunftsfähigkeit einer bäuerlichen Landwirtschaft

Von Josef Miller, Bayer. Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten *

Mit unserer Agrarpolitik haben wir in der Vergangenheit für unsere Landwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen. Heute können wir voller Stolz sagen: Wir haben damit viel erreicht!

Die Aufgabe der Politik bleibt die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Demgegenüber gibt es offenbar in etlichen Mitgliedstaaten – und dazu zählt auch Deutschland, wenn das Positionspapier der Bundesministerin ernst genommen wird – und auf EU-Ebene Überlegungen, mit denen letztlich die Abschaffung der GAP betrieben wird.

So wird offen diskutiert, ob es nicht besser wäre, die Landwirtschaft dem freien Markt auszusetzen und die in der Folge gegebenenfalls fehlenden Nahrungsmittel aus Ländern der Dritten Welt zu importieren. Damit könnten, so wird argumentiert, diesen Ländern Entwicklungschancen gegeben und zugleich in der EU erhebliche Finanzmittel eingespart werden.

Zur Absicherung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist es deshalb nötig, in der EU die Grundsatzdiskussion zu führen, ob weiterhin eine eigenständige europäische Landwirtschaft gewollt wird.

Multifunktionale Landwirtschaft

Mit der AGENDA 2000 hat die EU das Leitbild der multifunktionalen nachhaltigen Landwirtschaft eingeführt. Aus bayerischer Sicht kann ich mit gewissem Stolz formulieren: Sie hat dieses Leitbild übernommen, denn unser Landwirtschaftsförderungsgesetz baut seit über 25 Jahren darauf auf.

Multifunktionalität bedeutet, dass man der Landwirtschaft über die Funktion der marktgängigen Nahrungsmittelproduktion und der Produktion von Rohstoffen hinaus weitere gesell-

schaftlich relevante Funktionen zuteilt. Man tut dies im Wissen, dass die hierbei zu erbringenden Leistungen eben nicht marktgängig sind und nicht kostenlos von der Landwirtschaft erbracht werden können. Es geht dabei um die Erhaltung, Pflege und Gestaltung unserer Kulturlandschaft und der natürlichen Ressourcen sowie die Stärkung des ländlichen Raums als Wirtschaftsraum insgesamt, in dem die Landwirtschaft eine wichtige Standortfunktion erfüllt. Jeder 8. Arbeitsplatz (rd. 417.000) hängt in Bayern direkt oder indirekt mit dem Agrarbereich zusammen.



Josef Miller: 4,2 Mrd. Euro für Bayerns Bauern

Auch unseren Kindern und Enkeln müssen fruchtbare Böden, sauberes Wasser, eine intakte Landschaft und gesunde Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Ich betone ausdrücklich: Die Landwirtschaft ist auf die Beachtung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie angewiesen.

Doch alle Theorie bleibt Theorie, wenn finanzielle Ressourcen zur Umsetzung fehlen. Unser bayerisches „Programm 2000“ mit seiner Laufzeit bis 2006 trägt den Geist der Multifunktionalität und der Nachhaltigkeit in

sich. Dieses Programm, ausgestattet mit rd. 4,2 Mrd. Euro öffentlichen Mitteln, ist ein stolzer und vielversprechender Ansatz.

Die AGENDA 2000-Beschlüsse gelten bis 2006 und müssen bis dorthin verlässlich sein. Die Halbzeitbewertung darf kein Anlass sein und bietet auch keine hinreichenden politischen Gründe, mitten in der Laufzeit die Situation der Landwirte zu verschlechtern. Das politisch vorrangige Ziel ist es, die bäuerlichen Einkommen im Sinne der Nachhaltigkeit zu sichern, und zwar kooperativ durch die EU, die Mitgliedstaaten und die Regionen bzw. Länder. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Kofinanzierung sprechen, dann wollen wir damit zum Ausdruck bringen, dass Bund und Länder einkommenspolitische Spielräume brauchen, die ihnen nach dem geltenden EU-Recht verwehrt sind. Wir sehen in der ausgeweiteten Kofinanzierung aber auch eine Chance, überzogene Forderungen der Beitrittsländer zu kanalisieren und die Osterweiterung auch nach 2006 finanzierbar zu gestalten.

Wir wollen bewährte Marktordnungsinstrumente der GAP nicht leichtfertig aufgeben. Wir sind durchaus offen für eine Diskussion über die Entkopplung der Direktbeihilfen von der Produktion. Wir stehen auch zu einer

„Die Landwirtschaft ist auf die Beachtung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie angewiesen“

sozioökonomischen Ausgestaltung von Direktzahlungen, denn die bisherige lineare Anwendung gibt den Großbetrieben staatlicherseits unbegründbare Wettbewerbsvorsprünge zulasten der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft.

*in gekürzter Fassung

Keine nationalen Alleingänge

Der EU-Markt ist ein offener Binnenmarkt. Wenn unsere Konkurrenten mit niedrigeren Standards arbeiten können, weil die EU schlichtweg keine höheren für notwendig hält, dann führen einseitig überhöhte nationale Standards nur zur Verlagerung der Produktion ins Ausland.

Wir brauchen nicht das Schlagwort „Agrarwende“ mit ideologisch eingefärbten Ideen und Vorgehensweisen, sondern eine strategisch ausgerichtete, an den Sachzwängen orientierte Weiterentwicklung der Agrarpolitik, die den bäuerlichen Betrieb in den Mittelpunkt stellt. Damit ist der Landwirtschaft, dem ländlichen Raum, dem Natur- und Tierschutz, unseren Verbrauchern und Steuerzahlern, ja unserer gesamten Gesellschaft am meisten gedient.



Zeichnung: Tomaschoff

Stellenwert, Chancen und Probleme des Ökologischen Landbaus

Von Felix Prinz zu Löwenstein*

Öko-Landbau ist weltweit ein Thema und dies nicht nur, weil auf dem weitaus überwiegenden Anteil der landwirtschaftlichen Flächen sozusagen zwangsweise ökologisch gewirtschaftet wird. Die derzeitige Anbaufläche in Deutschland (1.1.2002) beträgt 655.600 ha in 14.400 Betrieben, was einem Zuwachs von 25 Prozent bei den Betrieben und 20 Prozent in der Fläche gegenüber dem Vorjahr entspricht (Anteilswerte ca. 3,5 Prozent)!

Wie sieht es auf diesem Markt aus? Wir reden hier insgesamt von einem Volumen zwischen 3 und 4 Mrd. Euro, von dem in Deutschland ca. 50 Prozent über die Theken des Fachhandels gehen, 20 Prozent von handwerklichen Vermarktern – also z.B. Bäckern – oder Direktvermarktern umgesetzt werden und erst 30 Prozent vom klassischen Lebensmittel-Einzelhandel beansprucht werden. Einen so geringen Anteil des LEH gibt es in keinem anderen europäischen Land. Er beträgt beispielsweise in Österreich zwei Drittel, in Großbritannien sogar 80 Prozent.

Ökologischer Landbau definiert sich vom Kern her: Was ist mein Verständ-

nis von der Natur, von der Ganzheit und Unversehrtheit ihrer Regelungsmechanismen? Was ist die Würde des Tieres, was ist die Würde der Pflanze als Teil der Schöpfung? Von diesem Grundverständnis aus entwickelt er sein Regelungsmerk, das versucht,



Felix Prinz zu Löwenstein: 3,5 Prozent der Fläche sind Ökolandbau

möglichst nachvollziehbar und transparent, einhaltbar – also auch umsetzbar – und kontrollierbar zu sein. Das Ergebnis ist eine Form der Landwirtschaft, die Wohlfahrtswirkungen für Mensch und Natur entfaltet.

Ob und inwieweit Öko-Lebensmittel für die Gesundheit besser sind, als kon-

ventionell erzeugte, ist eine weitestgehend noch offene Frage. Zu dünn ist hier die Datengrundlage und zu subjektiv die Einschätzungen.

So ganz ernst kann die Kritik an den Vorstellungen von Frau Künast allerdings nicht sein, denn erstens waren es in den vergangenen 10 Jahren eher die schwarzen Regierungen, die sich für die Förderung des Ökologischen Landbaus stark gemacht haben (worauf ja z.B. Herr Minister Müller und auch Herr Sonnleitner mit berechtigtem Stolz hinweisen) und zweitens spielt, von Nahem besehen, der jedenfalls monetäre Umfang der Öko-Landbauförderung im Kontext der nationalen und europäischen Agrarausgaben nur eine untergeordnete Rolle – alles Andere wäre mit Sicherheit auch nicht gut!

Der Ökolandbau hat dann eine dauerhafte Chance, wenn er wirtschaftlicher ist als der konventionelle. Unter Einschluss der externen Kosten, versteht sich. Dabei müssen wir mit stetiger Wachsamkeit dafür sorgen, dass in der Schachtel auch das drin ist, was das außen aufgedruckte Bild suggeriert.

*in gekürzter Fassung

Vertrauen der Verbraucher als höchste Priorität

Nachhaltige Landwirtschaft im Spannungsfeld

der aktuellen agrarpolitischen Rahmenbedingungen

Von Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen, Bayerischen und Europäischen Bauernverbands*

Landwirtschaft ist auch im 21. Jahrhundert eine Branche, die vielfältige Aufgaben erfüllt. Nahrungsmittelherzeugung war, ist und bleibt unser Kernbereich. Aber unsere landwirtschaftliche Tätigkeit geht inzwischen weit über Ackerbau und Viehzucht hinaus. Neben der Pflege der Kulturlandschaft hat sich die Landwirtschaft eine Reihe von neuen, zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten erschlossen. Die Bandbreite reicht dabei von der Direktvermarktung über Touristik und Kommunalarbeiten bis hin zur Energiebereitstellung. Nachhaltige, multifunktionale bäuerliche Land- und Forstwirtschaft ist kein Auslaufmodell, sondern zukunftsweisend.

Bäuerinnen und Bauern nehmen die Sorgen und Anliegen der Verbraucher ernst. Das Vertrauen der Verbraucher in heimische Erzeugnisse zu festigen und auszubauen, hat für uns höchste Priorität.

Sanierung der Bundesfinanzen auf Kosten der Bauern

Die nationalen Alleingänge von Bundesministerin Künast schwächen die Wettbewerbskraft unserer bäuerlichen Betriebe. Am 27. Februar hat sie ein Positionspapier der Bundesregierung zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000 vorgestellt. Die Durchführung dieser Halbzeitbewertung – des so genannten „Mid-Term-Review“ – wurde von allen EU-Mitgliedstaaten im März 1999 einstimmig zusammen mit der Agenda 2000 beschlossen. Das Papier der Bundesregierung zielt insbesondere darauf ab, die Finanzen der Bundesregierung auf Kosten der Bauernfamilien zu sanieren. Zu diesem Zweck sollen die EU-Haushaltsmittel für die Bäuerinnen und Bauern umgeschichtet und auch gekürzt werden. Marktregulierungen sollen abgeschafft bzw. drastisch zurückgeführt

werden. Durch eine derartige Umgestaltung würde die bäuerliche Landwirtschaft Bayerns und vergleichbarer Bundesländer erheblich an Direktzahlungen verlieren. Die Agenda 2000 wurde 1999 in Berlin einstimmig von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet. Diese Beschlüsse müssen bis 2006 gültig bleiben und dürfen nicht einfach



Gerd Sonnleitner: Nationale Alleingänge schwächen die Landwirtschaft
Foto: BBV

außer Kraft gesetzt werden. Wir selbst stehen voll zu einer sachlichen Halbzeitbewertung der Agenda 2000.

„Nachhaltige, multifunktionale bäuerliche Land- und Forstwirtschaft ist kein Auslaufmodell, sondern zukunftsweisend“

Die EU-Osterweiterung ist eine gewaltige Herausforderung. Grundsätzlich ist es entscheidend, dass die Qualität der Verhandlungsergebnisse absoluten Vorrang vor ehrgeizigen und überzogenen Zeitplänen hat. Folgende Vorschläge der EU-Kommission sind für uns besonders wichtig:

- Im Beitrittsjahr 2004: Einführung des Direktzahlungssystems in Höhe von 25 Prozent des für die Beitrittskandidaten tatsächlichen Referenzertragniveaus vergangener Jahre.
- Schrittweise Anhebung der Direktzahlungen auf 100 Prozent innerhalb von 10 Jahren.
- Festlegung der Produktionsquoten (Zucker, Milch usw.) in Abhängigkeit von der tatsächlichen Produktion der Jahre 1995-1999.
- Schwerpunkt der Agrarpolitik in den Kandidatenstaaten soll die Förderung ländlicher Räume sein, bei der die EU einen Finanzierungsanteil von 80 Prozent übernehmen soll.

Die Kommissionsvorschläge tragen unserer Forderung des Prinzips „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ Rechnung. Nur so sind Wettbewerbsverzerrungen und nationale Alleingänge zu verhindern.

Staat und Gesellschaft müssen sich klar zu unserer modernen, leistungsfähigen und nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft bekennen. Die von der Land- und Forstwirtschaft für die Gesellschaft erbrachten multifunktionalen landeskulturellen Leistungen müssen nicht nur anerkannt, sondern auch

abgegolten werden. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind auf vernünftige agrarpolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

*in gekürzter Fassung

Reformdruck und Strukturwandel

EU-Agrarpolitik und neue WTO-Runde

Erinnern wir uns an die Zeiten vor BSE und MKS: Es war der internationale Druck, der 1992 mit der so genannten McSharry-Reform eine grundlegende Änderung der EU-Agrarpolitik bewirkt hat. Was also bringt die neue WTO-Runde für die EU-Agrarpolitik nach der Agenda 2000?

Auch in der kommenden WTO-Runde wird zunächst einer weiteren Liberalisierung im Agrarbereich eine ganz entscheidende Bedeutung zukommen. Die EU hebt sich nach wie vor durch ein vergleichsweise hohes protektionistisches Preisniveau vom Durchschnitt der Industrieländer ab. Von den internationalen Rahmenbedingungen ist vor diesem Hintergrund, wie in der Uruguay-Runde, ein neuer Druck zur Reform der EU-Agrarpolitik zu erwarten, aber es gibt auch neue Akzente...

Visionen

Die neue und besondere Betonung von Umwelt- und Qualitätszielen ist im Grundsatz nicht zu kritisieren, und es ist sicherlich auch richtig, wenn unter dem Stichwort „Modulation“ darüber nachgedacht wird, wie öffentliche Mittel aus der Finanzierung der „klassischen“ Agrarpolitik im Markt- und Einkommensbereich in die „zweite Säule“ verlagert werden können. Aktuell bleiben auch die Einkommensproblematik im Agrarbereich und das Postulat einer vollständigen „Entkopplung“ von Markt- und Einkommenspolitik, wie immer wieder gefordert worden ist. Die Vision für die EU-Agrarpolitik ist eine international wettbewerbsfähige Landwirtschaft und eine Agrarpolitik, die darauf aufbauend Umwelt- und Qualitätsziele gezielt umsetzt und die gegebenenfalls durch direkte Einkommensübertragungen ergänzt wird.

*Dieter Kirschke**

*jeweils in gekürzter Fassung



Dieter Kirschke: Neuer Druck auf die Reform der EU-Agrarpolitik

Mit der WTO-Ministerkonferenz in Doha ist im November letzten Jahres der Startschuss zu einer neuen, dreijährigen Verhandlungsrunde für eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels abgefeuert worden, die bis zum 1. Januar 2005 abgeschlossen sein muss. Die EU hat auf dieser Konferenz ihre wesentlichen Anliegen durchsetzen können. Vor allem gelang es uns, dass in der neuen Runde auch die Nichthandelsanliegen berücksichtigt werden. Selbst wenn in der Doha-Erklärung die Themen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und ländliche Entwicklung nicht expressis verbis hervorgehoben wurden, ist doch damit die Basis gelegt, dass die Anliegen unserer multifunktionalen Landwirtschaft geschützt werden können. Damit wird gerade das auch vom Europäischen Parlament unterstützte Ziel der EU-Kommission, die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik weiter auszubauen, international abgesichert. Was die Reduzierung der Exportbeihilfen betrifft, so konnte die EU am Ende der Konferenz erfolgreich verhindern, dass in der Ministererklärung das Auslaufen der Exportbeihilfen als Ziel der Welthandelsrunde vorweggenommen wird.

Die EU ist übrigens heute der mit Abstand weltgrößte Importeur von agra-

rischen Produkten, seien es Roh- oder verarbeitete Produkte. Mit den Entwicklungsländern haben wir im Agrarbereich ein Handelsdefizit von rund 20 Mrd. Euro. Die EU importiert mehr Agrarprodukte von ihnen als alle anderen reichen Länder zusammen, also mehr als die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan an Agrarexporten aus Entwicklungsländern aufnehmen und die dabei gleichzeitig Nettoexporteure in diese Länder sind.

Hinsichtlich der Reformpolitik sind die Bedenken der europäischen Landwirtschaftsvertreter wohl bekannt. Sie befürchten, dass das Geld von den



Rudolf W. Strohmeier: Weitere Liberalisierung des Agrarhandels

wirtschaftenden Betrieben wegfließt, etwa in die Renovierung des Dorfbrunnens oder den fünften Radfahrweg. Ganz abgesehen davon, dass dies in Deutschland in die Verantwortung der regional Zuständigen fällt, sind wir der Meinung, dass angesichts des weiter fortschreitenden Strukturwandels eine aktive Strukturpolitik im ländlichen Raum erforderlich ist. Dies sieht übrigens selbst der bayerische Entwicklungsplan für den ländlichen Raum vor. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass nur derjenige Landwirt Ausgleichszahlungen erhält, der entsprechend den geltenden Umweltregeln produziert. Auch damit wäre eine „Grünung“ von Direktzahlungen zu erleichtern. ■

*Rudolf W. Strohmeier**

Glänzende Infrastruktur – matte politische Kultur?

Wolf Biermann gab das Leitmotiv vor: „Die Zukunft wird entschieden im Streit um die Vergangenheit“. Die Zeile aus einem der vielen Biermann-Lieder beherrschte die gesamte Tagung über „Glanz der Infrastruktur – Elend der Demokratie“. Referenten waren neben Wissenschaftlern und Politikern auch Bürgerrechtler der ersten Stunde.

Auch wenn die blühenden Landschaften in den gar nicht mehr ganz so neuen Bundesländern noch nicht überall zu sehen sind: der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Bankrott der DDR ist unübersehbar und wird nicht bezweifelt. Nicht zuletzt deshalb sind zwei Drittel der Ostdeutschen mit ihrer persönlichen Situation zufrieden. Aber nicht mit dem Zustand der Gesellschaft.

Wurde zuviel in die Wirtschaft, zuviel in die Verbesserung der Infrastruktur und zu wenig in die Demokratie investiert? Wirkt das autoritäre Erbe der DDR nach? Wird demokratisches Verhalten erst von allen gesellschaftlichen Mitgliedern anerkannt, wenn die Vergangenheit aufgearbeitet und bewältigt ist? Was bedeutet der vielgeübte Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ eigentlich? Wie steht es jetzt um das Demokratie-Gefühl der Ostdeutschen?

Detlef Pollack von der Europa-Universität in Frankfurt/Oder, der sich mit Umfragen zu diesen Themen beschäftigt, kommt zu folgender Schlussfolgerung: Die ostdeutsche Bevölkerung hat nicht das Gefühl, wesentlich zum Prozess der deutschen Einheit und dem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen zu haben. Hieraus folgt die relativ geringe Akzeptanz der bundesrepublikanischen Institutionen. Pollack meinte, dass die Ostdeutschen erst dann mit der bundesrepublikanischen Ordnung zufrieden sein werden, wenn diese Identifikationsleistung erbracht werden kann.

Für Thomas Gensicke von Infratest liegt der eigentliche Schlüssel zur Erhöhung der Demokratie-Akzeptanz in einer beschäftigungsfreundlichen Politik und im Übergang zu einer selbst-

tragenden Wirtschaftsentwicklung im Osten Deutschlands. Ein politisches System, das dazu keinen sichtbaren Beitrag leistet, kann in den neuen Ländern auf absehbare Zeit nicht mit einer Akzeptanz wie in den alten Ländern rechnen.

Droht ein Mezzogiorno?

Ist der weitere Ausbau der Infrastruktur im Osten – die oft (herbei)zitierten blühenden Landschaften – eine Garantie wirtschaftlicher Prosperität?

Hermann Rappen vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) stellte fest, dass Infrastruktur ein notwendiger, aber kein ausreichender Faktor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist. Seit 1995 stagniert der ökonomische Aufholprozess unter anderem

wegen struktureller Umbrüche: der Bausektor schrumpft und das verarbeitende Gewerbe kann das nicht kompensieren. Ein Ende dieses Prozesses aber ist nicht absehbar und behindert die weitere Entwicklung.

Ein anderes Problem sind die enormen Abwanderungsverluste. Seit 1998 wandern immer mehr – insbesondere junge – Menschen nach Westen. Die Politik, so Rappen weiter, schätzt die Zukunft viel zu optimistisch ein und beschleunigt damit einen drohenden „deutschen Mezzogiorno“, sollten nicht nachhaltige Verbesserungen eintreten.

Die zunehmende Unzufriedenheit mit der eigenen Situation, die Chancenlosigkeit, die fehlenden Zukunftsperspektiven: diese Faktoren sind mitverantwortlich für den wachsenden Rechtsextremismus im Osten. Obwohl Rechtsextremismus auch ein gesamtdeutsches Problem ist: das Ausmaß im Osten ist beängstigend. Politiker sollten diese Problematik nicht unterschätzen, so Erich Iltgen, Präsident des Sächsischen Landtags. Mit Ordnungsmaßnahmen – wie zum Beispiel mehr



Zeichnung: Mester

Polizei - sind die Probleme laut Ilgen nicht zu lösen. Vielmehr sollte ein politisches Klima geschaffen werden, das solche Phänomene in der Entstehung bekämpft und Gewalt nicht akzeptiert. Die Verantwortung dafür tragen alle gesellschaftlichen Gruppierungen. Auch und gerade die Politik - und zwar über die nächste Wahlperiode hinaus.

„Demokratie ist kein Zustand, sondern eine Aufgabe“, meint auch Konrad Weiss, einer der Gründer der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Demokratie jetzt“. Die Erwartungen der Bürgerbewegung kurz nach der Wende waren vielleicht zu idealistisch und man hat 1990 auch Chancen vertan, um zu einer Erneuerung der parlamentarischen Demokratie zu kommen, so die selbstkritische Einschätzung. Am Runden Tisch und in der Volkskammer wurde schnell und unkonventionell entschieden, dagegen wirkt im Bundestag alles zäh und langsam. Es gibt laut Weiss keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie. Sie sollte aber lebendiger gestaltet werden und die Bürger sollten mehr beteiligt sein. Vielleicht könnte damit der Demokratie-Verdrossenheit im Osten - und auch im Westen - Einhalt geboten werden.



Marianne Birthler: „Die Ostdeutschen können stolz sein auf die eigene Befreiung“

In einer zum Teil sehr heftigen Diskussion wurde noch mal deutlich, wie wenig bisher die DDR-Vergangenheit verarbeitet wurde. Im Osten und Westen spricht man zwei verschiedene Sprachen, sagte Arnold Vaatz, ehemaliger sächsischer Staatsminister. Die Marktwirtschaft des Westens stößt auf „uralte kommunistische Saurier-Gedanken“. Begriffe wie Staat und Demokratie werden unterschiedlich inter-

pretiert: War die DDR nicht eine „demokratische“ Republik? Die Wahlerfolge der PDS sind für viele ehemalige Bürgerrechtler nur schwer zu akzeptieren. Nach Vaatz sind sie durch

„Wir können nicht über Demokratie reden, ohne über die Vergangenheit zu sprechen.“

Marianne Birthler

die geringe ostdeutsche Präsenz in den etablierten westdeutschen Parteien verursacht. Denn neben der PDS sind alle Parteien in den neuen Ländern westdeutschen Ursprungs. Und bekanntlich wählt man gerne, was man kennt ...



Konrad Weiss: „Demokratie ist kein Zustand, sondern eine Aufgabe!“
Fotos: de Graaf

Berndt Seite, der ehemalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, setzt bei der Demokratie-Akzeptanz auf die folgenden Generationen: „Demokratie ist ein Lernprozess. Die Diktatur stirbt mit den Menschen. Über 50 Jahre Diktatur haben sich tief in die Biographien von drei Generationen eingebrannt. Nach einem Wechsel gibt man seine Ideologiejacke nicht einfach an der Garderobe ab und zieht eine andere an“.

Wie niemand sonst ist Marianne Birthler, die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, beschäftigt mit der Aufarbeitung der Vergangenheit. Noch heute bekommt die Behörde pro Monat rund 5000 neue Anfragen nach

Akteneinsicht. Der Weg der Geschichtsaufarbeitung ist also noch lange nicht abgeschlossen. Und das ist nach Birthler auch der absolut richtige Weg. Denn: „Wir können nicht über

Demokratie reden, ohne über die Vergangenheit zu sprechen“.

Wichtig für die Entwicklung der Demokratie ist aber auch, dass die Würde und

das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen dauerhaft gestärkt werden. Dass man nicht immer das Gefühl hat, „am Tropf“ des Westen zu hängen. Laut Birthler ist die eigene Befreiung 1989 und die Öffnung der Stasi-Akten durchaus etwas, worauf die Ostdeutschen mit Recht Stolz sein können und auch sollten. Ein langwieriger und schwieriger Weg, der aber gegangen werden müsse.

Auf einen ähnlichen Kraftakt nach dem 3. Oktober 1990 verwies Ex-General Hans-Peter von Kirchbach: die Integration der Nationalen Volksarmee (NVA) in die Bundeswehr, die weitgehend geleistet wurde. Der Prozess der endgültigen Integration jedoch halte weiter an. Zwar sei trotz aller Rückschläge „nichts verloren, aber auch noch nichts dauerhaft gewonnen.“

Freiheit lernen und leben

Die Demokratisierung des Bildungssystems ist ein weiterer wichtiger Punkt bei der Annahme des demokratischen Prinzips. Mit vielen Beispielen schilderte Wolf-Dieter Legall von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden die Umwandlung des Bildungssystems und welche Probleme dabei auftraten. Legall merkte dazu an, dass Demokratie lehren, also das Vermitteln von Demokratie als Staatsform, allein nicht ausreicht. Ziel der Bildung soll viel eher sein: Freiheit lernen und leben. Oder noch einmal mit den Worten Biermanns: „Die Zukunft wird entschieden im Streit um die Vergangenheit!“ ■

Nancy de Graaf

Von der Weltmacht zum europäischen Partner

Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft Spaniens
im Fokus einer Fachtagung

Spaniens Bedeutung wird immer noch unterschätzt. Im 16. Jahrhundert war es Weltmacht und noch heute ist Spanisch dritthäufigste Weltsprache nach Chinesisch und Englisch. Seit der demokratischen Revolution, dem NATO-Beitritt 1982 und der EU-Mitgliedschaft 1986 ist es heute ein Schwergewicht – nicht nur wegen seiner Bindungen an Nord- und Südamerika, sondern auch wegen seiner Brückenstellung zu Nordafrika. In Europa ist es zugleich ein Beispiel für funktionierenden Regionalismus mit kultureller Vielfalt im modernen Nationalstaat. Die Akademietagung versuchte, der Geschichte, dem politischen System, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Regionalismus und der Rolle Spaniens in Europa näher zu kommen. Kultureller Höhepunkt war das Konzert „Tradiciones de una Tierra“ mit Maria Salgado (siehe Kasten auf Seite 23), das in Zusammenarbeit mit dem spanischen Kulturinstitut Instituto Cervantes veranstaltet wurde.

Einen umfassenden Überblick über die Geschichte Spaniens bot Walther Bernecker (Universität Erlangen-Nürnberg). Im 16. Jahrhundert schottete sich das anti-reformatorische Spanien von der geistig-ökonomischen Entwicklung Europas ab, die auf Rationalität und Naturwissenschaften beruhte. Es verwandte seine Energien vielmehr auf die Eroberung und Unterwerfung der neuen Kolonien in Südamerika.

Jaime Vicens Vives spricht in diesem Zusammenhang von einem ungelösten „Bewusstseinsproblem“ Spaniens, unter dem er die bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts reichende Unfähigkeit des Landes verstand, „dem Kurs der abendländischen Zivilisation in Richtung auf Kapitalismus, Liberalismus und Rationalismus nach ökonomischen, politischen und kulturellen Gesichtspunkten zu folgen.“

Zusammenbruch der Restauration

In Zeiten der Aufklärung spaltete sich Spanien in zwei Lager. Das eine Lager bildeten die „Heterodoxen“, die aufgeklärten Neuerer. Das andere formten die „Anti-Heterodoxen“, die konservativen Verteidiger des traditionellen Spaniens. Die reaktionären Kräfte schienen nach Ausbruch der

Französischen Revolution recht zu behalten: Die Vernunft führte zu Anarchie, die Toleranz zu Unglaube und Aufruhr. Vor dem revolutionären Chaos könne die Gesellschaft nur noch durch die Bekämpfung und Zerstörung der aufklärerischen Ideen gerettet werden.



Hans-Jürgen Puhle: Konsolidierung des spanischen Parteiensystems
Fotos: Klugmann

Im 19. Jahrhundert blieb Spanien auf Grund der innerpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Traditionalisten und Liberalen hinter dem industrialisierten Europa weit zurück. Nach dem „Desaster von 1898“, als Spanien die letzten Überseekolonien gegen die USA verlor, erfolgte ein Zusammenbruch des Restaurationssystems, das sogar als eine Art „finis Hispaniae“ gedeutet wurde. Spanien war an einem Tiefpunkt angelangt und bedurfte po-

litischer, geistiger und moralischer Erneuerungen. Der Diktator Miguel Primo de Rivera versuchte Modernisierungsmaßnahmen zur „Regeneration“ Spaniens durchzuführen. Er scheiterte, da er nicht bereit war, die gesellschaftlichen Folgen der Modernisierung tatsächlich in Kauf zu nehmen.

Niederlage der Freiheit

Das Grundproblem der spanischen Gesellschaft, nämlich die Konfrontation zwischen der grundbesitzenden Oligarchie und den Schichten der Land- und Industriearbeiter, erreichte seinen Höhepunkt im spanischen Bürgerkrieg von 1931 bis 1936.

Der Sieg der Faschisten unter Franco symbolisierte auch eine Niederlage der europäischen Kultur und ihrer freiheitlichen Traditionen. Ohne die Unter-



Walther Bernecker gab einen Überblick über die spanische Geschichte

stützung gleichgesinnter Regimes in Italien und Deutschland wäre die Franco-Diktatur nicht möglich gewesen. Die franquistische Propaganda verkündete die konservative Ideologie vom einmaligen Sonderweg Spaniens, es galt der Slogan „España es diferente“.

Nachdem sich Spanien nach der Franco-Ära ökonomisch und sozial weitgehend Europa genähert hatte, folgte mit der EU-Mitgliedschaft 1986 auch eine politische Annäherung. Seit Jahren herrscht in Spanien eine regelrech-

te Europa-Euphorie, das Europabewusstsein ist im Vergleich zu anderen EU-Ländern am ausgeprägtesten. Nach Einschätzung der Spanier ist das Land längst ein ganz „normales“ Land Westeuropas geworden.

Diese Entwicklung wird auch an der Konsolidierung des spanischen Parteiensystems deutlich, wie Hans-Jürgen Puhle darlegte. Einen wesentlichen Faktor hierfür stellte die Herausbildung sogenannter „catch-all-parties“ (Volksparteien) dar, die sich programmatisch in der Mitte bewegten und so eine breite Wählerschaft ansprachen. Somit verhinderten sie eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, die eine dauerhafte Konsolidierung der spanischen Demokratie gefährdet hätte. Puhle stellte die Kongruenz dieses Prozesses mit der übrigen europäischen Entwicklung heraus.

Anpassung an Europa

Dass sich Spanien nach dem Ende des Franco-Regimes seit 1975 auch in wirtschaftlicher Hinsicht Europa an-



Francisco López-Casero: „Die Zeit des 'honeymoons' zwischen Spanien und Deutschland ist vorbei“

gepasst hatte, zeigte in seinem Vortrag Francisco López-Casero von der Universität Madrid. Das Land ist heute die achtgrößte Industrienation Europas, die Wachstumsrate ist höher als in den übrigen EU-Ländern. Jedoch habe Spanien auch mit einer hohen Arbeitslosenrate zu kämpfen und das soziale Klima habe sich in letzter Zeit verschlechtert, betonte López-Casero. Vor allem das ökonomische Ungleichgewicht nach dem Übergang zur Demokratie in den 70er Jahren bereitete dem Land Probleme. Die Arbeitslosenquote stieg von drei auf zehn Prozent. Weitgreifende Maßnahmen waren nötig, um Spanien aus dieser ersten wirtschaftlichen Lage zu befreien. Erleichterung wurde bemerkbar, als 1982 die sozialistische Partei PSOE mit großer Mehrheit siegte und 1984 mit Abschluss des Sanierungsprozesses das ökonomische Ungleichgewicht abgebaut werden konnte.

„Las Tradiciones de una Tierra“

Maria Salgado präsentierte auf dem Konzert ihre CD „Siete Modos De Guisar Las Berenjenas“ (Nube Negra / Intuition), deren Stücke überwiegend aus dem Mittelmeerraum stammen. Der Titel des Albums („Sieben Arten Auberginen zu kochen“) hat seinen Ursprung in Griechenland. Die CD macht deutlich,



wie gut sich alt-jüdische Tradition mit griechischem Liedgut verbinden lässt. Hervorragend greift Salgado das musikalische Liedgut von Kastilien, ihrer Heimat, auf. Doch dass sie sich nicht nur auf ihre Heimat beschränkt, machten Stücke aus ihrem Debütalbum „Mirándote“ deutlich, die ganz im Zeichen der kubanischen Habanera stehen.

Ihre drei Musiker begleiteten María Salgado mit gekonnter Virtuosität, und benutzten dabei die unterschiedlichsten Instrumente: von Drehleier, spanischer Gitarre bis zu Cello und Tamburin. Ob kubanische Tanzrhythmen, orientalische Weisen oder selbstgeschriebene Balladen wie „Amor, amor“: María Salgado versteht es, Lieder unterschiedlichster Herkunft zu einem harmonischen Ganzen zu vereinen und so ihr Publikum zu begeistern.

kk

Nach dem EU-Beitritt 1986 und der konjunkturellen Erholung konnte auch die Arbeitslosigkeit gesenkt werden, die öffentliche Verschuldung und hohe Zinsen blieben aber. In der Abschlussdiskussion lenkte López-Casero den Blick auf Deutschlands wichtige Position als Spaniens Handelspartner, betonte aber auch, dass die Zeit des „honeymoons“ zwischen den beiden Ländern vorbei sei, und ab jetzt die Interessenskonflikte im Vordergrund stünden.

Rita Griesshaber, Mitglied der Deutsch-Spanischen Parlamentariergruppe, zeigte Spaniens wichtige Stellung in der EU auf, liefen doch die europäischen Beziehungen zu Lateinamerika über Spanien. Im Zuge der Zuwanderung aus Afrika brauche Spanien die Unterstützung der Union. Schließlich sei es doch eine zentrale Aufgabe Spaniens, die Grenzen gegenüber Afrika zu sichern. Griesshaber äußerte sich enttäuscht zum Thema EU-Erweiterung. Sie vermisse eine



stärkere Kompromissbereitschaft Spaniens in dieser Frage, sagte die Parlamentarierin.

Dass sich auch im kulturellen Bereich seit der Demokratisierung viel getan hat, erläuterte Javier Vilatella. Mit drei Vertretungen gehöre das Instituto Cervantes zu den wichtigsten spanischen Kultureinrichtungen in Deutschland. Positiv bewertete Vilatella Spaniens Versuch, sich kulturell im Ausland darzustellen. Unklar bleibe jedoch, was für ein Spanienbild überhaupt vermittelt werden solle.

Walther Bernecker kritisierte die Wissenschaftspolitik beider Länder, gäbe es doch erheblichen Mangel an deutsch-spanischen Austauschprogrammen für Studenten sowie ein Defizit an Lehrstühlen im hispanischen Bereich. Bernecker plädierte für die Schaffung eines Deutschen Historischen Instituts in Madrid sowie für mehr Spanischunterricht an deutschen Schulen.



Rita Griesshaber betonte Spaniens Brückenfunktion nach Afrika, Javier Vilatella sprach von einer Demokratisierung der Kultur

Abschließend lässt sich feststellen, dass sich Spanien fest in den europäischen Werteverbund eingefügt hat und eine zunehmend wichtige Rolle in der EU wahrnimmt. Trotz zeitweilig auf-

tretender Differenzen ist der politische, wirtschaftliche und kulturelle Beitrag Spaniens zur Weiterentwicklung Europas unumstritten. ■

Katharina Klugmann

Mehr Mut zu Alternativen und unkonventionellen Ideen Plaudern aus dem Nähkästchen beim „Prinzenlehrgang“ in der Akademie

Das Verhältnis von politischer Verwaltung und Führung war das zentrale Thema einer Fortbildung für die künftige Elite der bayerischen Verwaltung in Tutzing. Bereits zum

zweiten Mal hat der Bayerische Lehrgang für Verwaltungsführung („Prinzenlehrgang“) als Teil der einjährigen Ausbildung eine zweitägige Diskussionsstagnung geboten bekommen.

Gegenstand der Vorträge und Diskussionen waren Bayern als Beispiel einer traditionsreichen Verwaltung und homogenen politischen Führung; die neuen Länder mit jungen Verwaltungen, meist Koalitionsregierungen, vermehrtem Gestaltungsspielraum und Innovationsbedarf und schließlich der Bund mit erheblich höherem Abstimmungsbedarf (am Beispiel des Zuwanderungsgesetzes).

Führende Beamte und Politiker aus drei Ländern und dem Bund „plauderten aus dem Nähkästchen“ des natürlichen Spannungsfelds und Zusammenwirkens von Führung und Verwaltung und trafen sich mit oder unterschieden sich von den Erfahrungen der jungen Beamten.

Tenor war: die Verwaltung muss statt voraussetzendem Gehorsam mehr Mut zu Alternativen und unkonventionellen Ideen zeigen, die politische Führung mehr den Sachverstand der Verwaltung nutzen. ■

hd



Die Lehrgangsgruppe mit ihrem Leiter MD a.D. Alfred Müller (2.v.r.), dem Tagungsleiter Horst Denzer (l.vorne), vier der acht vorgesehenen Referenten und dem Moderator Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger (vorne Mitte)

Chance für ethnische Minderheiten?

Die EU fordert von den Beitrittskandidaten deutliche Regeln und Gesetze

Die Europäische Union steht vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte: der Erweiterung nach Osten und Südosten. 13 Länder mit insgesamt mehr als 100 Millionen Einwohnern haben einen Beitrittsantrag gestellt. In den kommenden Jahren muss die EU darüber entscheiden, ob die verschiedenen Kandidaten die sogenannten Aufnahmekriterien erfüllen. Zu diesen politischen und wirtschaftlichen Hürden gehören auch die Achtung und der Schutz der ethnischen Minderheiten - angesichts der Vielfalt an Minderheiten in diesen Ländern ein sehr wichtiges, aber auch ein sehr schwieriges Kriterium.

TEILNEHMER DES PODIUMS:

Für die Sorben in Deutschland: Pfarrer Gerat Wornar, Vorsitzender der Konferenz der katholischen sorbischen Geistlichen, Chefredakteur der Zeitschrift „Katolski Posl“, Bautzen

Für die Deutschen in Italien: Prof. Dr. Christoph Pan, Direktor des Südtiroler Volksgruppeninstituts, Bozen

Für die Slowenen in Österreich: Hofrat Dr. Reginald Vospernik, Erster stellvertretender Obmann des Rates der Kärntner Slowenen, Wernberg

Für die Ukrainer in Polen: Dr. Miron Michajliszyn, Prälat der katholischen Ukrainer des byzantinischen Ritus in Polen, Krakau

Für die Deutschen in Polen: Matthias Lempart, Mitglied der Minderheitsorganisation der Deutschen in Polen, Mechnitz/Oberschlesien

Für die Deutschen in der Slowakei: Gertrud Greser M.A., Landesvorsitzende a.D. des Karpatendeutschen Vereins in der Slowakei, Kaschau

Für die Ungarn in der Slowakei: Monika Stranakova, Dozentin für deutsche Literatur an der Universität Nitra, Neutra

Für die Slowaken in Tschechien: Dr. Vojtech Celko, Vorsitzender des Rates für Slowakische Kultur, Prag

Jaromila Wankeova, Mitglied des Slowakisch-Tschechischen Klubs, Prag

Für die Deutschen in Tschechien: Dipl. Ing. Hans Dieter Korbel, Vorsitzender a.D. der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Mitglied des Minderheitenrates der Tschechischen Republik, Troppau

Für die Zigeuner (Roma) in Ungarn: Ersebet Szöke, Diplomlehrerin für Deutsch, Budapest

Für die Deutschen in Ungarn: Stefan Segner, Präsident a.D. der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher, Berkina

sowie Dr. Ortfried Kotzian, Haus des Deutschen Ostens, München

Moderation: Henryk Jarczyk, Bayerischer Rundfunk – Hörfunk
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Akademie für Politische Bildung, Tutzing

TAGUNGSLEITUNG

Dr. Jürgen Weber, Akademie für Politische Bildung, Tutzing

StD Siegfried Münchenbach,

Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung, Dillingen

Dr. Ortfried Kotzian, Haus des Deutschen Ostens, München

Die Situation der Minderheiten im östlichen Mitteleuropa und ihre Zukunftschancen durch die europäische Integration war Thema eines internationalen Symposiums, das die Akademie in Zusammenarbeit mit dem Haus des Deutschen Ostens (München), dem Bayerischen Rundfunk und der Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung veranstaltete. 12 Vertreter der ethnischen Minderheiten aus den Beitrittsländern kamen einen Tag lang ausführlich zu Wort.

Unter dem Begriff „ethnische Minderheit“ ist nach einem Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention von 1993 eine Gruppe von Personen in einem Staat zu verstehen,

- die im Hoheitsgebiet dieses Staates ansässig und dessen Staatsbürger sind,
- langjährige, feste und dauerhafte Verbindungen zu diesem Staat aufrechterhalten,
- besondere ethnische, kulturelle, religiöse oder sprachliche Merkmale aufweisen,
- ausreichend repräsentativ sind,
- und von dem Wunsch beseelt sind, die für ihre Identität charakteristischen Merkmale (Kultur, Traditionen, Religion und Sprache) gemeinsam zu erhalten.

Die Lage der Minderheiten könnte unterschiedlicher kaum sein: Einerseits gibt es die sehr gut organisierten Deutschen in Südtirol (knapp 300 000), die ihr Land autonom regieren. Andererseits gibt es relativ kleine Gruppen von stark überalterten Minderheiten mit nur geringer politischer Bedeutung, wie die rund 10 000 bis 15 000 Deutschen, die in der Slowakei leben.

Auch über die genaue Zahl der Minderheiten besteht Unklarheit. So haben sich 1990 in Ungarn zwar fast 150 000 Menschen als Roma bekannt,



nach den letzten soziologischen Untersuchungen gibt es aber sicher eine halbe Million Roma, und nach Schätzungen einer Zivilorganisation leben sogar bis zu einer Million Roma in Ungarn. Die Ursache für die große Diskrepanz zwischen Volkszählungen und Schätzungen ist oft die noch immer vorhandene Angst, sich zu einer Minderheit zu bekennen.

Integration fördern und Identität behalten

Die meisten Diskussionsteilnehmer zeigten sich zuversichtlich, dass sich die Situation der Minderheiten in den kommenden Jahren wesentlich verbessern wird. Denn die EU fordert von den Beitrittskandidaten deutliche Regeln und Gesetze und davon können

die Minderheitsgruppierungen nur profitieren. Auf einer rechtlichen, für alle Länder verbindlichen Basis würden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Minderheiten auch in Zukunft trotz aller Unterschiedlichkeiten eine Existenzgrundlage vorfinden können.

Aber nicht nur positive Perspektiven wurden angesprochen. Die Angst, in einem vereinten Europa assimiliert, also letztlich seiner ethnischen Herkunft beraubt zu werden, besteht und wird weiter bestehen. Dagegen wurde die Integration der Minderheiten beschworen: Sie gibt Minderheiten eine Chance, die eigene Identität zu behalten. Dabei wird der Dialog zwischen den Minderheiten und ihrem jeweiligen kulturellen Umfeld eine immer größere Bedeutung erhalten: die Identität bereichern durch die „Fremde“ und - so eine Teilnehmerin des Symposiums - vielleicht auch die eigene Identität relativieren. Dass dabei - auf der jeweiligen ethnischen Herkunft beruhend - jedoch der Blick nach vorne gerichtet sein soll, auf ein gemeinsames Europa, machte ein weiterer Teilnehmer deutlich: „Wir sollten nach vorne schauen und nicht zurück!“ ■

Nancy de Graaf



12 Vertreter ethnischer Minderheiten der EU-Beitrittskandidaten diskutierten Chancen und Probleme ihrer Volksgruppen im vereinigten Europa

Fotos: de Graaf

Fast alle Minderheiten sind in kulturellen Verbänden oder Vereinigungen organisiert. Nur wenige sind auch politisch vertreten, wie die ungefähr eine halbe Million in der Slowakei lebenden Ungarn, die sich in der „Partei der Ungarischen Koalition“ (MKP) zusammenschließen.

In den meisten Ländern sind die Minderheiten offiziell anerkannt, die Bedeutung dieser Anerkennung ist jedoch unterschiedlich. So sichert in Polen die Verfassung den Minderheiten kulturelle Rechte zu. Ein polnisches Minderheitengesetz aber fehlt. Welche Chancen bietet die Erweiterung der EU? Macht es überhaupt Sinn, in Zeiten der Globalisierung noch von ethnischen Minderheiten zu sprechen?



Zufrieden mit dem Ergebnis ihrer Kooperation: Ortfried Kotzian, Jürgen Weber, Henryk Jarczyk und Siegfried Münchenbach (v.links)

Mit einer 30minütigen Sendung berichteten der Bayerische Rundfunk in Bayern 2 Radio am 29. April sowie der Deutschlandfunk über diese Tutzingener Veranstaltung.

Reif für die Weltpolitik?

Deutschlands außenpolitische Eliten auf dem Prüfstand

Das Ausklingen des Ost-West-Konflikts brachte für Deutschland nicht nur die Einheit, sondern auch die Neuvermessung des außenpolitischen Aktionsfeldes mit sich. So wurden beispielsweise im Laufe des letzten Jahrzehnts Forderungen der NATO-Partner zunehmend drängender, Deutschland solle sich von der lange Zeit praktizierten „Scheckbuchdiplomatie“ abwenden und sicherheitspolitische und militärische Verantwortung auch jenseits europäischer Grenzen übernehmen. Dem Bedeutungsgewinn dieses Politikfeldes einerseits steht auf der anderen Seite aber die Tatsache gegenüber, dass Außenpolitik in der deutschen öffentlichen Diskussion nach wie vor nur sehr schwach in Erscheinung tritt. Auch die Diskussion über Qualität und Quantität des diplomatischen Personals ist überwiegend auf akademische Zirkel beschränkt. Die Grundlinien dieser Diskussion nachzuzeichnen, die Rolle der Außenpolitik formulierenden und ausführenden Eliten aufzuzeigen und die zukünftige Entwicklung zu skizzieren, war Gegenstand der Fachtagung „Deutschlands weltpolitische Rolle und seine außenpolitischen Eliten“.

In ihrem Eingangsstatement attestierte die Berliner Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn der deutschen Außenpolitik einen Qualitätssprung, der nach Karl Kaiser darin bestehe, dass „Deutschland nun nicht mehr nur Konsument, sondern Mitproduzent“ von Sicherheit sei. Neu sei auch, so Haftendorn, dass Deutschland jetzt auch seine „aufgeklärten Eigeninteressen“ vertrete und darüber auch schon mal einen Konflikt mit den USA riskiere. Diesem verstärkten Engagement stünden aber innenpolitische

Zögerlichkeiten wie auch die unangemessene Ausstattung mit Ressourcen gegenüber.



Helga Haftendorn: neues außenpolitisches Selbstbewusstsein



Manfred Mols: Diplomatenausbildung an der Realität vorbei

Denken in Szenarien kommt zu kurz

Deutschland könne sich, so einer der Kernsätze des Mainzer Politikwissenschaftlers Manfred Mols, ob seiner geostrategischen Lage seiner neuen Rolle nicht entziehen, gleichgültig, ob es dies wolle oder nicht. Würde man eine weltpolitische PISA-Studie machen, könnte nach Mols' Urteil

Deutschland auch hier nicht überzeugen. Als Beispiele für Problembereiche führte er u.a. die fehlende historische Tiefendimension und die Realitätsferne der universitären Ausbildung im Bereich Internationale Politik sowie das stark auf Juristisches und Ökonomisches hin ausgerichtete Rekrutierungsmuster des Auswärtigen Amtes an. Dabei komme das Denken in Szenarien wie auch die Orientierung am Informellen zu kurz.

Personalstand sinkt

Ein Urteil, dem Steffen Rudolph (Berlin), Leiter der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes, der die Grundzüge der Rekrutierung und Ausbildung des Auswärtigen Dienstes erläuterte, deutlich widersprach. Das praktizierte „modifizierte Generalistenprinzip“ sei eine Konsequenz aus der breiten Spanne von Aufgaben des Auswärtigen Dienstes. Dies bedeute, dass jeder Mitarbeiter im Höheren Auswärtigen Dienst in allen Fachgebieten eingesetzt werden könne und erst nach zehn Jahren eine Spezialisierung auf Fachgebiete oder Regionen erfolge. Rudolph verwies auch auf die starke Vernetzung zwischen Auswärtigem Amt, Bundeskanzleramt, anderen Ministerien, Bundesländern und auch Bundestagsfraktionen. Zwischen diesen Institutionen bestehe ein reger Austausch von Experten und Expertise. Zu beklagen sei jedoch die Tatsache, dass der Personalstand des Auswärtigen Amtes sinke, während andere Staaten weiterhin aufstockten. Rudolph zufolge gibt es den „idealen Bewerber“ nicht. Mindestvoraussetzung für eine Karriere mit dem Ziel, Botschafter oder Generalkonsul zu werden, sind sehr gute Englisch- und Französischkenntnisse, ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie geistige und räumliche Mobilität. Außerdem sei es sehr hilfreich, kommunikativ zu sein, da „public diplomacy“, also die Beteiligung an den öffentlichen Diskussionen im Gastland und die aktive Beeinflussung der öf-

fentlichen Meinung, immer wichtiger werde. Generell regte Rudolph an, dass die Arbeit des Auswärtigen Amtes stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden müsse.

Internationaler Stellenpool

Die Diskussion über den Elitenbegriff dominierte zu Beginn die Diskussionsrunde über die Leistungen und Defizite der Rekrutierung und Ausbildung außenpolitischer Führungskräfte. Raimund Krämer (Potsdam), ehemaliger DDR-Diplomat, lokalisierte die außenpolitische Elite bei denjenigen, „die in Legislative und Exekutive Außenpolitik machen“. Zentral sei für ihn die Frage, wo Außenpolitisches entschieden werde.



Peter Mende (links): Mangelnde Quantität durch Qualität wett gemacht, rechts: Raimund Krämer

Für Matei Hoffmann (Berlin), den Koordinator für internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt, gehörten diejenigen zur Elite, die internationale Führungskräfte seien. „Offene Stellen“ bei internationalen Organisationen etc. werden seit einigen Monaten über den internationalen Stellenpool auf der Homepage des Auswärtigen Amtes angeboten, ein internationaler Personalpool mit Stellengesuchen ist im Entstehen begriffen. Dem Ziel, sich einen Überblick zu verschaffen, „was an Talenten vorhanden ist“, dienten daneben auch Netzwerke. Hoffmann zufolge ist der Nachwuchs außerordentlich gut qualifiziert.

Ein Urteil, das der ehemalige Botschafter Peter Mende (Berlin) bestätigte. Er gab auch zu bedenken, dass nicht nur die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zum Image der Bundesrepublik im Ausland beitragen, sondern beispielsweise auch Medienvertreter oder Stiftungsmitarbeiter. Natürlich gebe es aber auch diskussionswürdige Bereiche: So seien deutsche Diplomaten zu Beginn ihrer Karriere zu alt, was ihnen auch die Möglichkeit nähme, „training on the job“ zu betreiben, da sie sofort voll eingesetzt und gefordert würden. Insgesamt mache aber „Qualität die mangelnde Quantität“ wett.

Ruf nach Nationalem Sicherheitsrat

Der Kölner Politikwissenschaftler Werner Link äußerte sich zur Frage der Reife der pluralen deutschen außenpolitischen Eliten für die Weltpolitik. Dabei differenzierte er nach der Fähigkeit zu weltpolitischen Denken und der Fähigkeit zu weltpolitischen Handeln. Während in verschiedenen Äußerungen außenpolitischer Protagonisten real- und weltpolitisches Denken langsam Raum greife, seien die Fähigkeiten eher mäßig ausgeprägt. Dies sei u.a. eine Folge idealisierter Vorstellungen von Weltpolitik sowie geringer

„Im Moment ist das Parlament der Schwanz und die Exekutive der Hund, der mit dem Schwanz nach Belieben wedelt.“

Hans-Peter Schwarz

Erfahrungen und der Unangemessenheit der eingesetzten Mittel. Links Fazit: „Die deutschen außenpolitischen Eliten sind in einem weltpolitischen Reifungsprozess, aber sie sind dabei noch nicht sehr weit gediehen.“

Peter Mende zufolge fehlt es in Deutschland ganz entschieden an einer Diskussion über die nationalen Interessen. Und für den ehemaligen Botschafter Hans Arnold muss der Multilateralismus geradezu Ziel und Weg der deutschen Außenpolitik zugleich sein.



Hans-Peter Schwarz: Gleichgewicht zwischen Innen- und Außenpolitik nötig Foto: Schröder

Darauf, dass das gesamte politische System nicht genügend auf die neue Rolle vorbereitet sei, hob Jürgen Högrefe, Leiter „Ausland“ des Spiegel-Büros in Berlin, ab. Seiner Ansicht nach müsste das Kanzleramt mehr Steuerungskompetenz erhalten und ein nationaler Sicherheitsrat installiert werden. Die Möglichkeiten, nach Art US-amerikanischer und britischer Think Tanks externen Sachverstand einzubeziehen, hält er in Deutschland für völlig ungenügend.

Auch der Politikwissenschaftler Hans Peter Schwarz (Gauting) konstatierte ein gewisses Übergewicht des Primats der Innenpolitik über das der Außenpolitik. Hier gelte es, wieder ein vernünftiges Gleichgewicht zu finden. Außerdem sei

die Rolle des Parlaments im Verhältnis zur Exekutive zu stärken. Denn im Moment „ist das Parlament der Schwanz, die Exekutive der Hund, der mit dem Schwanz nach Belieben wedelt.“ ■

Manfred Schwarzmeier

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

- 36-1*** 2. - 5. September **Geld regiert die Welt**
Theorie und Praxis von Geld, Börsen und Finanzmärkten
In Kooperation mit dem Verband des Landwirtschaftlich-
Technischen Dienstes in Bayern
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 36-2*** 3. - 6. September **Der im-perfekte Mensch**
Ethische Probleme der Biotechnologie - Ferienseminar II
Leitung: Miriam Wolf
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 37-2** 10. - 13. September **Aktuelle Fragen der nationalen und internationalen Politik**
Ferienseminar III
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 37-3** 13. - 15. September **In der Lüge leben**
Funktion von Wertesystemen unter kommunistischer Herrschaft
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 38-2** 20. - 21. September **Quatsch, Quark und Quote**
Unterhaltungstrends im Fernsehen
In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR)
Leitung: Michael Schröder / Walter Hömberg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 39-2*** 23. - 25. September **Politische Landeskunde Kanada**
für Lehrkräfte des Faches Englisch
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut
der Landeshauptstadt München
Leitung: Klaus Grosch / Hans-Jörg Prebeck
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 39-5** 23. - 27. September **Europapolitik für Lokaljournalisten**
Regionalpolitik - Strukturförderung - Euregios
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für
Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung
an der Universität Passau und der Vertretung der Europäischen
Kommission in der Bundesrepublik Deutschland
Tagungsorte: Tutzing und Brüssel (Achtung: erhöhte Tagungsgebühr!)
Leitung: Michael Schröder / Jochen Kubosch
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 39-6*** 25. - 27. September **Spätaussiedler aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion -
Soziokulturelle Differenz als Hindernis im Integrationsprozess**
In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V. (AGEE)
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

39-4 27. - 29. September

Die Entscheidung der Machtfrage

SED und Arbeiterschaft 1952/53

In Zusammenarbeit mit der Vereinigung Gegen Vergessen für Demokratie

Leitung: Jürgen Maruhn / Karl Wilhelm Fricke

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Oktober

40-1 4. - 5. Oktober

Schwarze Koffer, weiße Westen – der Rechtsstaat im Kampf gegen die Korruption

Leitung: Jürgen Weber / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

42-1* 14. - 18. Oktober

Kunst und politische Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Jutta Gruber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-2* 14. - 18. Oktober

Die Erweiterung der Europäischen Union: Größer, stärker stabiler?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Piazzolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-3 18. - 20. Oktober

Globalisierung von Haushaltsarbeit

Deutsche und internationale Entwicklungen

Leitung: Klaus Grosch / Barbara Thiessen

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

42-4* 18. - 19. Oktober

Parteiensysteme in Europa

In Zusammenarbeit mit der DVPW

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-1* 21. - 24. Oktober

Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Miriam Wolf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

November

45-1 4. - 8. November

Alles was Recht ist

Medienrecht und Gerichtsberichterstattung

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut
für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung

an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

45-2* 4. - 8. November

Demokratische Partizipation und Entscheidung. Bürger und Staat in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva Post-Lange

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

45-4	6. November	Akademiegespräch im Landtag Leitung: Heinrich Oberreuter Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
45-5	8. - 10. November	Der Griff nach den Genen Leitung: Miriam Wolf Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
46-1*	11. - 15. November	Herausforderung Terrorismus Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Jürgen Weber Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
46-2	12. - 13. November	Forum Politische Bildung Leitung: Klaus Grosch / Heinrich Oberreuter Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
46-3*	13. - 15. November	Menschenwürde achten und schützen Medienethik im Zeitalter der Digitalisierung In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) Leitung: Michael Schröder / Anke Geiger Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
46-6	15. - 17. November	Weltwirtschaftliche Auswirkungen des Terrorismus In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing Leitung: Peter Hampe / Martin Held Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
47-1*	18. - 20. November	Aktuelle Probleme des Verbraucherschutzes In Kooperation mit dem KDFB Leitung: Karl-Heinz Willenborg Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
47-2	18. - 22. November	Kommunen auf dem Prüfstand Was der Haushalt verrät Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau Leitung: Michael Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
48-2*	26. - 28. November	Herausforderung Zukunft Die wahren Probleme der nächsten Jahrzehnte Leitung: Heinrich Oberreuter Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47
48-3	29. - 30. November	Gewalt, Modernität und die Suche nach weltpolitischer Ordnung Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft Leitung: Heinrich Oberreuter Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

E-Mail-Adressen der Sekretariate:	Heike Bäuerle Renate Heinz Sybille Haug Ina Rauš Karin Sittkus	H.Baeuerle@apb-tutzing.de R.Heinz@apb-tutzing.de Chefsekretariat@apb-tutzing.de I.Raus@apb-tutzing.de K.Sittkus@apb-tutzing.de
-----------------------------------	----------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Clemens Vollnhals / Jürgen Weber
(Hrsg.)

Der Schein der Normalität
Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur

Olzog Verlag GmbH, München, 2002
455 S., Euro 19,50

Erik Kiwitter in der BILD-ZEITUNG
vom 2. April 2002:

Neues Buch enthüllt:

So spitzelte die Stasi in Zwickau

Der Alltag in der DDR: Tanz im Kulturhaus, Urlaub im FDGB-Heim, Spritztour mit dem Trabi. Die Unbekümmertheit aber war nur Fassade. Wer an der Scheinwelt kratzte, wurde observiert. Wie ausgeklügelt das MfS dabei in Zwickau vorging, rekonstruiert jetzt Pfarrer Edmund Käbisch in einem neuen Buch: „Der Schein der Normalität“.

Zwickau in den 80er Jahren. Ökogruppen bilden sich unter dem Dach der Kirche. Ihre Mitglieder säubern die Mulde, die immer mehr zum Müllabladepplatz wird. Doch Umweltprobleme durften in der DDR offiziell nicht sein. Behörden wittern Gefahr...

In alle kritischen Bereiche des Alltags kommen IMs. Käbisch schreibt:

- Der Direktor der Ingenieurhochschule, Horst Aurich (IME „Winkler“), hatte als Mitarbeiter zwei Kirchenvorstands-Mitglieder. Aurich horchte sie geschickt aus. Damit war das MfS bestens über das Geschehen am Dom informiert.
- Im Auftrag der Stasi haben sich Spitzel taufen oder konfirmieren lassen. Damit wurden sie in die Kirchengruppen geschleust.
- Stadtrat Dr. Horst Werner war IMS „Gerhard Förster“, der Referent für Kirchenfragen Günther Zöphel IME „Ludwig“.
- In einer Gruppe, die sich für amnestierte Gefangene einsetzte, arbeitete Kraftfahrer Horst Bahr als IMB „Uwe Schaarfschwert“ mit.
- Der methodistische Superintendent Friedmar Walther, Freund vom obersten Karl-Marx-Städter Stasi-Chef Gehlert, war IMB „Waldemar“.
- Die Rechtsanwälte Jürgen Meyer (IMB „Conrad“) aus Limbach-O. und Peter Wetzig (IMS „Sascha“) aus Zwickau berieten Kirchengruppen und Ausreise-Antragsteller.

Käbischs Fazit: Die Stasi hatte die zunehmende kritische Situation erkannt, wollte mit den Basisgruppen Gespräche. Doch die elitäre SED-Führung lehnte das ab.

Platte Inszenierung

aus: FAZ vom 27. Mai 2002

1959 erschien in der DDR das Buch „Unsere Welt von morgen“. Die Autoren beschworen eine wunderbare Zukunft, in der alles „vollkommen und vernünftig geregelt“ werden würde. Die Mehrzahl der DDR-Bürger war sich spätestens 1989 sicher, dass der Sozialismus in der DDR nichts vollkommen und vernünftig regeln könne. Sie wählten die D-Mark und den Kapitalismus. Heute scheint vielen diese Wahl nicht mehr so glücklich. „Ein seltsames, aber hochexplosives Gebräu aus sentimentaler Rückbesinnung auf die DDR, Ablehnung des Westens, Ausländerfeindlichkeit, Sehnsucht nach Gemeinschaft, Harmonie, Heimat und anderen positiven Werten macht sich breit“, schreibt Stefan Wolle, der sich vor allem mit dem DDR-Alltag beschäftigt hat.

Seine Analyse über den, wenn man so sagen darf, DDR-Bürger heute leitet das Taschenbuch „Der Schein der Normalität“ ein. Der Sozialismus hat seltsamerweise immer noch den Ruf, eine vernünftige Sache zu sein. Die hier versammelten Autoren wissen es besser. Anfang der siebziger Jahre schien es, als könne die DDR tatsächlich lebenswerter werden. Honecker stürzte Ulbricht und betrieb fortan eine Sozialpolitik, an die heute erinnert wird, wenn von sozialer Gerechtigkeit geredet wird. Für Wohnungsbauprogramme, Lohnerhöhungen und Familienförderung reichte jedoch die wirtschaftliche Kraft nicht aus. Jede „sozialpolitische Maßnahme“, wie sie im Funktionärsdeutsch genannt wurde, erzielte überdies zwar nicht das gewünschte Ergebnis, wohl aber unerwünschte. Das Wohnungsbauprogramm, das mit Plattenbauten erfüllt werden sollte, ließ die Innenstädte verfallen. Ein Mehr an Freizeit führte nicht zu mehr Leistung, sondern zu dem Wunsch, öfter und besser einzukaufen. Den höheren Einkommen stand ein zu geringes Konsumangebot gegenüber.

Seit Ende der siebziger Jahre sei der Sozialismus nur noch Inszenierung gewesen, schreibt Peter Skyba in seiner Studie über die SED-Sozialpolitik. Die Funktionäre selbst bis hinein in das Politbüro hätten den Glauben an die Zukunft verloren. Daraus leitet Skyba eine bemerkenswerte These ab: „Dieser innere Erosionsprozess angesichts der offenkundigen Reformunwilligkeit und Reformunfähigkeit der SED-Spitze dürfte – mehr noch als der Missmut der Bevölkerung über die materiellen Lebensbedingungen – eine der entscheidenden Bedingungen für den Zusammenbruch der Parteidiktatur gewesen sein.“



Petra-Kelly-Stiftung (Hrsg.)

Denkmalschutz: Privatinitiative statt staatlicher Gängelung?

Dokumentation einer Tagung
am 23./24. Januar in Tutzing
Bamberg/München, Februar 2002,
50 S., 4 Euro

Bezug über: Petra-Kelly-Stiftung
Reichenbachstr. 3A, 80469 München
Fon: 089/242267-30 - Fax: 089/242267-47
E-mail: info@petra-kelly-stiftung.de

Mit Beiträgen von:

Dr. Dieter Martin:
Landesdenkmalschutzgesetze im Vergleich

Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm:
**„Entstaatlichung“ der Denkmalpflege -
die Reformdebatte**

Dr. Egon Johannes Greipl:
**Denkmalschutz in Bayern - Erfahrungen,
Organisation, Reformansätze**

Dr. Erich Mulzer, Eva Leipprand,
Dr. Hans-Heinrich Eidt, Friedrich Brunner,
Peter Leuschner, Gabriele Pfeff-Schmidt:
**Vorbildliche Denkmalschutzinitiativen
in Bayern**

Dr. Gerd Rudel:
**Denkmalschutz braucht Staat und
Privatinitiative. Ein - subjektives - Resümee**

Heinrich Oberreuter für die Akademie für
Politische Bildung (Hrsg.)

Ein reiches Leben: Hans Maier

Reden zum 70. Geburtstag

Festveranstaltung am 21. Juni 2001
in der Akademie für Politische Bildung, Tutzing
Akademischer Verlag München 2002, 43 S.

Mit Reden von:

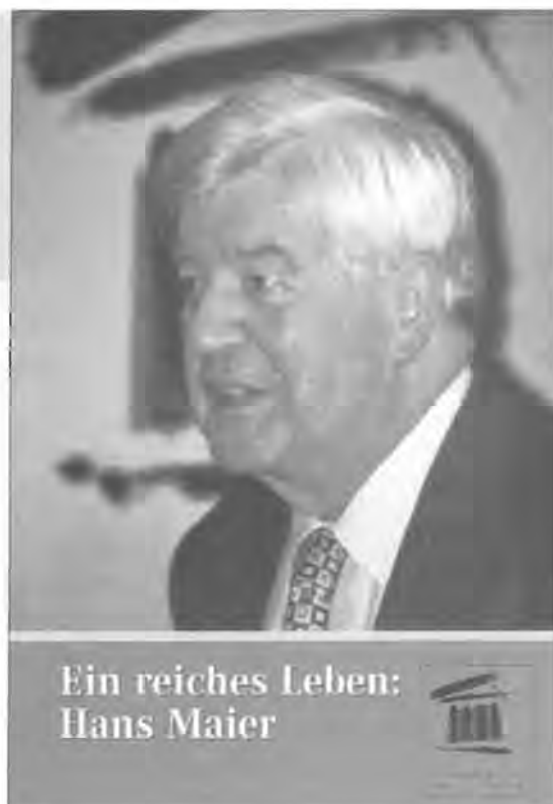
Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
Bayer. Staatsminister für Unterricht und Kultus a.D.

Alois Glück MdL,
Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayer. Landtag

Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer,
Sächsischer Staatsminister für
Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller,
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter,
Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing,
Ordinarius für Politikwissenschaft
an der Universität Passau



Annette Ramelsberger in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 12. Juni 2002:

Lieber nehmen als geben Informationspolitik von CIA und FBI

Der Mann, den die Amerikaner jetzt als Al-Qaida-Kämpfer vorführen, der die USA mit einer schmutzigen Bombe versuchen wollte, ist den internationalen Geheimdiensten seit längerer Zeit bekannt. Informationen über ihn zirkulierten unter den befreundeten Diensten in USA, Europa und auch in Deutschland. Doch dass die Amerikaner den Mann bereits vor vier Wochen festgenommen haben, das wusste in Deutschland niemand – obwohl ständig beteuert wird, wie gut die Sicherheitsbehörden quer über den Atlantik zusammenarbeiten.

Trotz der Bemühungen um einen reibungslosen Informationsaustausch im Kampf gegen den Terror gilt immer noch eine Einbahn-Regelung: Die

Amerikaner fragen alles ab, geben aber nur wenig zurück. „Wir wissen nicht, was die an Informationen haben“, sagt ein hoher Geheimdienstmann. „Und die wissen vielleicht nicht, was wir an Informationen brauchen.“ Mancher Geheimdienstler hält den erstaunlichen Fahndungserfolg der Amerikaner im eigenen Land ohnehin für „sehr merkwürdig“. Er komme gerade in einem Moment, in dem den US-Diensten schlechte Zusammenarbeit und einschneidende Fehler vorgeworfen würden. Klar ist den europäischen Diensten, dass die Amerikaner gerade beim Einsatz gegen Al-Qaida in Afghanistan das Heft in der Hand behalten wollen – deshalb geizen sie mit Informationen an die Ver-

bündeten. So sind die deutschen Geheimdienste bei der Einschätzung von Warnungen aus den USA oft unsicher und geraten dabei in den Verdacht, die eigene Bevölkerung über das Ausmaß der Gefahr zu täuschen. Der Vizepräsident des Bundesverfassungsschutzes, Klaus-Dieter Fritzsche, musste auf einer Tagung der Politischen Akademie in Tutzing am Wochenende die Frage beantworten, ob die deutschen Behörden die Bürger für dumm verkaufen wollten, weil kaum Warnungen kämen. „Ich kann mich zur Informationspolitik der USA nur schwer äußern“, wand Fritzsche sich und fügte hinzu: „Sie werden schon konkrete Quellen haben.“

Offenbar erfahren die Deutschen aber nichts von diesen konkreten Quellen. „Die Amerikaner richten nicht wöchentlich ein Informationsboard ein, wo sie uns eins zu eins ihre Informationen geben“, sagte Fritzsche in seltener Klarheit. ...

Christian Gottschalk in der STUTTGARTER ZEITUNG vom 10. Juni 2002:

„Taktischer Islamismus wird zu einer Gefahr“

Niemand weiß, ob Deutschland im Fadenkreuz der Terroristen steht. Niemand weiß, was die deutschen Sicherheitsgesetze wirklich bewirken. Was der Verfassungsschutz weiß, das sagt er nicht, zumindest nicht sehr konkret. Gewarnt wird mit Allgemeinplätzen. Im Kampf gegen den Terrorismus glaubt Klaus-Dieter Fritzsche eine Schlacht schon verloren – wenn auch auf einem vergleichsweise harmlosen Nebenkriegsschauplatz, dem der Sprache. Den Begriff des Schläfers, so der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, werde man wohl nicht aus den Köpfen der Menschen streichen können. Klassische Schläfer seien aber selbst die Attentäter des 11. September um Mohammed Atta nicht gewesen. Im Gegensatz zu Agenten, die ausgebildet und mit einem konkreten Ziel in einem Land untertauchen, bis der Auftrag ausgeführt wird, seien die Attentäter aus der „Hamburger Gruppe“ als harmlose Studenten nach

Deutschland eingereist. Erst hier sei es dann zu einem islamischen Erweckungserlebnis“ gekommen.

Wer wann und wo in der Zukunft erweckt werden wird – der Verfassungsschützer weiß es nicht. Zumindest will er es nicht sagen. Ebenso schweigsam bleibt er auf die Frage, woher sein Dienst die Erkenntnis hat, dass es für Deutschland durchaus eine latente Bedrohung durch islamistische Gewalttäter gebe. Es lägen zwar keine konkreten Hinweise auf geplante terroristische Aktionen in Deutschland vor, andererseits sei an Entwarnung nicht zu denken, sagte Fritzsche am Wochenende bei einem Seminar der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Zwar wachse der Druck gegen die Terroristen, die Militäraktionen in Afghanistan führten auch zu erheblichen Beeinträchtigungen, aber die Strukturen des Terrorismus seien weltweit nach wie vor funktionsfähig. Worin die Beeinträchtigungen beste-

hen, hielt der stellvertretende Geheimdienstchef allerdings auch geheim. Redseliger ist Fritzsche im Blick auf einen kleinen Teil der in Deutschland lebenden 2,1 Millionen Türken. Rund 27500 Mitglieder zählt die Islamistische Gemeinschaft Milli Görüs, seit Jahren die größte islamistische Organisation in Deutschland. Nicht Gewalt, sondern Mittel des demokratischen Rechtsstaates dienten dieser Gruppe zur Durchsetzung ihrer Ziele. In offiziellen Verlautbarungen präsentiere sich Milli Görüs als auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehende Organisation rechtstreuer Muslime, als Förderverein der Integration, so Fritzsche. Tatsächlich versuche die Gemeinschaft ihren Anhängern innerhalb des Landes Freiräume zu verschaffen, in denen ein Leben nach islamischen Rechtsgrundsätzen möglich sei, Fritzsche spricht von „legalistischen Strategien“, von einem „taktischen Islamismus“, der langfristig zum Problem für die innere Sicherheit werde. ...

Stefan Rammer in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 8. Juli 2002:

Kurt Biedenkopf: USA können Europa nicht ernst nehmen

Auf hohem intellektuellen wie informativen Niveau diskutierten der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, der Politologe Ernst-Otto Czempel, der polnische Publizist Janusz Reiter und der US-Experte in Sachen deutsch-amerikanische Beziehungen Jackson Janes, unter Leitung von Prof. Heinrich Oberreuter beim 5. Passauer Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau zum Thema „Faszination Amerika – Transatlantische Partnerschaft in schwieriger Zeit.“

Unmissverständlich wurde eines deutlich: das Problem der Partnerschaft ist ein großes und das gute Verhältnis zwischen Amerika und Europa steht vor einer schweren Zerreißprobe, bzw. ist in einer tiefen Krise. Czempel kritisierte heftig die Militarisierung der amerikanischen Weltpolitik, die zunehmende Aggressivität der Bush-Regierung, die eine nie da gewesene „Rechtsaußenregierung“ sei, und deren Politik Europa nicht mittragen sollte. Freilich sei Amerika selbst in der Lage, hier wieder korrigierend einzugreifen, eine Balancierung zurückzuholen, wie sie unter Clinton geherrscht hätte. Der Experte Internationaler Politik meinte, dass Europa zudem wegen eines strukturellen Problems nicht auf „selber Augenhöhe“ mit Amerika sei.

Für Jackson Janes fokussiert sich das Problem auf die unbeantwortete Frage, was Europa eigentlich wolle. Es fehle ein Führungskonzept, es sei keine Definition einer zielgerichteten europäischen Politik erkennbar. „Wir haben Probleme in der Welt, wir wollen nicht herumsitzen, wir werden nicht auf Euch warten.“ Es sei schizophoren, dass trotz großer Nähe die Wertedifferenz so groß sei. Nur mit enger Zusammenarbeit, mit einer Definition der vielfältigen Bedrohungen seien die

Probleme zu lösen: Aber es fehle die gemeinsame Sprache.

Die Experten stimmten Biedenkopf zu, der meinte: „Europa kann gegenwärtig von Amerika unter dem Gesichtspunkt weltpolitischer Aufgaben nicht ernst genommen werden.“ Die Europäer müssten ihr historisch bedingtes Misstrauen untereinander überwinden, um weltpolitisch bestehen zu können. „Die Europäer finden zu viele Gründe, warum sie keine Macht haben wollen.“ Europa müsse eine Weltrolle spielen wollen, ansonsten würde es zum Mündel eines Vormunds, so Prof. Oberreuter und ironisch ergänzend: „Die Deutschen und

einiges Europa Amerika entgegentreten: „Ob Amerika ein solches Europa will, ist eine zweitrangige Frage.“ Das Angebot der „Partnerschaft in leadership“ dürfe nicht allein an Deutschland gehen, sondern an Europa. Es sei zu wenig, wenn Europa für das Zivile und Amerika für das Grobe eintreten solle, wir die sauberen Hände und Amerika die dreckige Arbeit hätte.

Czempel ergänzte: „Europa hat eine Menge Denkipolitik vor sich.“ Gefordert sei eine europäische Potenz, die mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik Europa zum akzeptierten Partner Amerikas mache. Dann erst würde Amerika zuhören.



Ernst-Otto Czempel (rechts) kritisierte die Militarisierung der amerikanischen Weltpolitik. Links Janusz Reiter
Foto:jd

die Europäer spielen zu gerne die Schweiz.“ „Wir brauchen einander, Europa braucht Amerika mehr als umgekehrt. Das macht uns nervös. Weil wir schwach sind, sind wir nervös und anti-amerikanisch.“ Janusz Reiter fordert ein starkes Europa. Aber Europa habe Angst vor Souveränität. Nicht Nationalstaaten könnten das Problem lösen, sondern man müsse als

Es war eine ernste Analyse des transatlantischen Verhältnisses, hingesprochen auch in die Richtung einer nationalen Politik, die sich zu sehr um Innenpolitik und wenig bis gar nicht um Außenpolitik kümmere, hingesprochen auch an den Konformismus der Medien, die ihrerseits die globalen Inhalte jeder Politik zu wenig thematisierten.

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

KURATORIUM

Prof. Dr. Hans Maier wurde erneut als Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie gewählt.

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt u.a. Vorträge in Berlin zum Thema „Überforderung der Bürger? Faktoren der Meinungs- und Mehrheitsbildung in Parlament und Bevölkerung“ sowie in München zur aktuellen politischen Situation vor der Bundestagswahl vor einer Gruppe niederländischer Journalisten. Er wirkte an Podiumsdiskussionen in Berlin zum Thema „Direkte Demokratie: Eine Antwort auf 'Parteienverdrossenheit'?“ sowie in München über „Bildung - höchstes Gut einer Nation?“ mit. Außerdem moderierte er Podiumsdiskussionen in Wildbad Kreuth zum Thema „Konservatismus in der Krise?“ sowie den 5. Passauer Tetralog „Faszination Amerika - Transatlantische Partnerschaft in schwieriger Zeit“ u.a. mit den Teilnehmern Kurt Biedenkopf und Janusz Reiter (s. auch Seite 3-4).

KOLLEGIUM

Die Internationalität der Akademie gefördert Horst Denzer beendet seine Laufbahn

Nach fünfeinhalb Jahren fruchtbarer Tätigkeit als Dozent verabschiedet sich **Dr. Horst Denzer** in den vorgezogenen Ruhestand. Er wurde aus der Staatskanzlei abgeordnet und hat der Akademie vielfältige Impulse vermittelt, insbesondere die Internationalität des Programms mit einigen wichtigen und großen Tagungen gefördert. Wissenschaftlich kam Denzer von der älteren deutschen Staatslehre her. Seine berufliche Laufbahn hat ihn aber auch für die moderne Staatspraxis aufgeschlossen. Die Zusammenschau von Theorie und Praxis, von Alt und Neu erweitert stets den Horizont. Erfahrungen, die Horst Denzer als Aufbauhilfe in Mecklenburg-Vorpommern sammeln konnte, vermochte er ebenfalls in die Akademiearbeit einfließen zu lassen.

Von außen kommend, sieht man manches schärfer. So galt Denzers kritischer Blick auch eingefahrenen Akademieprozeduren. Auch davon haben wir profitiert. So dankt die Akademie Horst Denzer für vielfältige Anstöße und Anregungen.

Heinrich Oberreuter

Dr. Manfred Schwarzmeier referierte in Landshut über „Zeitgemäße Schwerpunkte im Sozialkundeunterricht an Berufsbildenden Schulen“.

Prof. Dr. Peter Hampe wurde von der Kultusministerkonferenz zusammen mit drei Fachdidaktikern in eine bundesweite Kommission berufen, die Expertisen für ein Kern-Curriculum Politik/Sozialkunde für die gymnasiale Oberstufe erarbeiten soll.

VERWALTUNG

Sybille Haug begrüßen wir als neue Mitarbeiterin im Chefsekretariat. Ihre Vorgängerin, Brigitte Hertenberg, ist ausgeschieden.

Andreas Off ist unser neuer Zivildienstleistender.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing